

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 15. Mai 1930
12. Jahrgang, Nummer 117

erschint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,00 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Einheitsband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die dreispaltigen Anzeigen 10 Pf. pro Zeile pro Tag. Die dreispaltigen Anzeigen 10 Pf. pro Zeile pro Tag. Die dreispaltigen Anzeigen 10 Pf. pro Zeile pro Tag.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Verlags- und Druckerei: Breslau 10, Trebnitzer Str. 80. Tel. 500 94
Postfach 10: Breslau 644. Postkassen: Breslau, Trebnitzer
Str. 80. Tel. 239 02. Geschäftszeiten der Redaktion von 12-18
Uhr. Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Postfach 10: Breslau
Tel. 500 94. Geschäftszeiten: 8-19 Uhr. Verlags- und
Druckerei: Breslau. Erscheinungsort Breslau. — Verlag: Schiefel, Ver-
lagsdruckerei, m. b. H., Bresl. — Druck: „Reubag“, III. Breslau, Trebnitzer, Str. 80

Heuchlerische Phrasen statt Kampf

Die II. Internationale zur Weltarbeitslosigkeit

Breslau, 14. Mai. Die sozialdemokratische „Volkswacht“ veröffentlichte gestern eine Entschliessung des Exekutivkomitees der sozialdemokratischen II. Internationale, über die Weltarbeitslosigkeit, die auf der Tagung in Berlin angenommen wurde. Darin heisst es u. a.:

„Während Millionen Arbeiter und Angestellte arbeitslos sind, werden die beschäftigten Arbeiter und Angestellten durch die Rationalisierung zu immer erschöpfenderer Anspannung ihrer Muskeln und Nerven angetrieben. Dieser Widerspruch wird die Arbeiterklasse zwingen, den Kampf um die internationale Herabsetzung der Arbeitszeit unter die 48stündige Arbeitswoche hinab aufzunehmen.“

Welche Kampfgeschäfte hat nun die SPD. gefasst? Sobald man diese Frage stellt, offenbart sich die Demagogie dieser Bourgeoiselakaien. In der Diskussion heisst es darüber nur:

„Die SPD. erinnert daher alle ihre Sektionen an die Notwendigkeit, alle Möglichkeiten auszunutzen, um die Rationalisierung der Konvention von Washington durchzusetzen.“

Im übrigen erwartet die SPD., dass alle Sektionen die internationale Wirtschaftskrise ausnützen werden, um die arbeitenden Massen aller Länder mit dem Bewusstsein der Notwendigkeit des Kampfes gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, mit dem

Willen zum Kampfe für die sozialistische Organisation der Weltwirtschaft zu erfüllen.“

Die Führer der Zweiten Internationale brechen radikale Phrasen, um die rebellierenden sozialdemokratischen Arbeitermassen von der Abwanderung in die rote Klassenfront zurückzuhalten. Das ist das Gesicht der sozialdemokratischen Demagogen. In Entschliessungen und Artikeln, die für die Arbeiter geschrieben sind, wettren sie gegen das „verruht kapitalistische System“, sitzen aber gleichzeitig in den Ministerien und nützen ihre Machtstellung und den organisatorischen Apparat der von ihnen beherrschten proletarischen Massenorganisationen aus, um jede revolutionäre Aktion des Proletariats mit brutaler Gewalt zu ersticken.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen erkennen, dass nur der Zusammenschluss aller Proletariats zu einer roten Einheitsfront in den Betrieben und auf den Strassen und die Anwendung der Methoden des revolutionären Klassenkampfes den einzigen Weg darstellen, den Kampf gegen Hunger und Ausbeutung erfolgreich zu führen.

In der sozialdemokratischen „Volkswacht“ vom 12. Mai schreibt der „linke“ Reichstagsabgeordnete Seydewitz einen Artikel über die Arbeitslosigkeit. Dieser Führer, der mit den

Mitteln einer radikalen Phrasologie die Arbeiter bei der SPD. halten will, gibt zu, dass einer der Hauptgründe der Massenarbeitslosigkeit die kapitalistische Rationalisierung ist. Er schreibt, nachdem er ungenügende Abhängigkeit auf dem Weltmarkt und den dauernden Zustrom neuer Arbeitskräfte zur Industrie als weitere Ursachen angegeben hat, folgendes:

„Diese unüberleglichen Zahlen sprechen Bände. Sie weisen aber auch darauf hin, dass die heutige Wirtschaftskrise und die heutige Arbeitslosigkeit schon allein darum keine vorübergehende Erscheinung ist, weil das Tempo der Rationalisierung in der nächsten Zeit vielleicht noch ein schärferes wird. In dieser kapitalistischen Gesellschaft ist die Rationalisierung zum Fluch für die Arbeiterklasse geworden. Die Tatsache, dass durch den unaufhaltsamen Fortschritt der Technik mit weniger Menschen mehr produziert werden kann, zwingt zu der aus dieser Tatsache sich logisch ergebenden Forderung, dem Arbeiter einen größeren Anteil an dem von ihm erzeugten Produkt zu geben, d. h. Verfürgung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne. Erfolgreicher Kampf um diese notwendigen Forderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird aber (wie uns gerade das amerikanische Beispiel zeigt) nur vorübergehende Milderungen und keine dauernde Lösung der Wirtschaftskrise bringen.“

Dauernde Lösung der Wirtschaftskrise, dauernde Überwindung dieser drückenden Arbeitslosigkeit ist nur möglich nach dem Sturz dieser widerstandsfähigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die klare Erkenntnis der Ursachen dieser grauenvollen, unüberwindlichen Arbeitslosigkeit ist die Grundlage für den Kampf gegen den Kapitalismus zur Beseitigung der Massen gegen das an dem heutigen Abend schuldige kapitalistische System, für den Sieg des Sozialismus.“

Diese Sätze kann jeder Kommunist nur unterschreiben. Aber zwischen Seydewitz und den Kommunisten besteht der große Unterschied, dass Seydewitz seine theoretische Erkenntnis nur niederschreibt, um Arbeiter bei der SPD. zu halten, dass er aber in der Praxis alles tut, um den Kampf um höhere Löhne, um den Siebenstundentag, den Kampf gegen das kapitalistische System zu verhindern, währenddem die Kommunisten allein den Kampf tatsächlich organisieren und führen. Seydewitz hat im Reichstag den Zoll- und Steuererhöhungen zugestimmt und war für den im vorigen Herbst durchgeführten Abbau, er stimmte für das Republikanengesetz und unterstützte mit allen Kräften die Tätigkeit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die nicht nur den Kampf um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit sabotiert, sondern gegen die kämpfenden Arbeiter direkt den Streikbruch organisiert.

Nur die kommunistische Partei, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ziehen in der Praxis die Schlussfolgerungen aus der mörderischen Krise des kapitalistischen Systems. Ihrer Führung müssen die arbeitenden Massen folgen!

Das Zentrum lobt die sozialdemokratische Lügen-Opposition

Am Sonntag tagte in Berlin der Parteitag der deutschen Zentrumspartei. Die Ergebnisse dieser Konferenz sind von größter Bedeutung vor allem für die Zentrumspartei, denn sie zeigte in aller Offenheit den arbeiterscheitlichen Kurs des Zentrums auf. Nicht weniger wichtig ist die Tagung für die sozialdemokratischen und Reichsbanner-Arbeiter, denen das schimpfliche Zusammenkommen ihrer Führer mit den Zentrumspartnern recht deutlich vor Augen geführt wurde.

Vor wenigen Tagen erst hat Otto Braun für die SPD. bei der Bildung einer gut Wetter gebeten und die Koalitionsfreundlichkeit der Sozialdemokratie mit der Brüning-Regierung unterblümt zum Ausdruck gebracht. Forderte Otto Braun doch von der SPD. Aufgabe jeglicher gegen die Brüning-Regierung gerichteten Opposition und erklärte, dass die SPD. die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit den Parteien, zu denen sie zeitweilig in Opposition steht, unbedingt sichern müsse.“

Abgesehen von einigen wenigen Aeusserungen gegen die Agitations-Opposition der SPD. wurde viel Lob über die SPD. gesprochen. Der Beschluss, mit solch treuen ergebenen Koalitionsfreunden weiter in der Regierung zu verbleiben, kann niemanden überraschen. Wie bekäufelnd muß es doch für die SPD. Arbeiter sein, wenn sie hören, daß der Führer der preussischen Zentrumspartei, Dr. Heß, in seinem Referat auf die Scheinopposition der SPD. einging und sagte: „Es muß durchaus anerkannt werden, daß der preussische Ministerpräsident für die von uns erhobenen Beschwerden klärendes Verständnis gefunden hat. . . . Es kann sich übrigens nicht nur darum handeln, daß die Temperatur der Opposition deutlich herabgedrückt wird. Der preussische Ministerpräsident hat ja selbst auch über deren rein sachliche Seite (!) außerordentlich treffende Bemerkungen gemacht.“ (!)

Nach im Schlusswort bezeichnete Dr. Heß den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun als einen „Staatsmann von Format“, der mit tiefstem Ernst darauf hingewiesen hat, daß die deutsche Innenpolitik derartige Formen der Opposition einfach nicht erträgt“. Und er konnte im gleichen Atemzug folgende für sich sprechende Bemerkungen über die sozialdemokratische Opposition machen:

„Sehr viele bedeutende Köpfe in der Sozialdemokratie — ich spreche vom Reich — haben mir erklärt, daß sie mit dem, was sich jetzt in der sozialistischen Presse abspielt, schon d. h. nicht einverstanden sind, weil das mit Politik gar nichts zu tun hat, sondern das gerade Gegenteil darstellt.“

Dr. Heß sprach sich dann sehr lobend über Otto Brauns Konfession aus. Wie sehr dem Zentrum durch das Konfession der Kammer geschwollen ist, bewies der Redner, als er erklärte:

„Etwas anderes allerdings hat sich grundlegend geändert, nämlich die Bewegungsfreiheit für uns Katholiken auf staatspolitischen Gebiet.“

Wie richtig schätzte er die kulturreaktionäre Politik der SPD. an, wenn er sagte: „Die Sozialdemokratie empfindet es selbst, daß auf kulturpolitischem Gebiet den Belastungsproben (!) für eine politische Arbeitsgemeinschaft mit uns ganz bestimmte Grenzen (!) ge-

gegen sind.“ Und wenig später fügt er hinzu, daß der sozialdemokratische Kultusminister Grimme dem Zentrum doch nicht gefährlich werden könne. So frohlocken die Zentrumspartnern über ihre Konfessionssozialisten!

Dafür unternahm Dr. Heß um so unerhörtere Angriffe gegen die Sozialdemokratie. Er sprach vom „Kulturvolkschweiniem“ der wilden Ausgeburt des antichristlichen Freidenkertums, mit seiner schrecklichen Christenverfolgung (!) und Wilderjägererei (!) in Russland, der seine gegen alle christliche Kultur gerichteten Tendenzen auch nach Deutschland zu übertragen trampschaft bemüht ist.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede sprach sich der Vorsitzende natürlich für eine Große Koalition in Preußen aus.

Weniger wertvoll war noch die Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald. Die Schlussfolgerung, die er aus der augenblicklichen Wirtschaftslage Deutschlands zog, gipfelte in folgender bezeichnender Bemerkung: „In einem Jahrzehnt wird es in unserem Vaterland schon ganz wesentlich anders und besser aussehen.“ (!) Er blieb aber auch nicht die Antwort schuldig, wie er sich das Leben der Arbeiter in diesem Jahrzehnt vorstellt:

„Leider könne die deutsche Steuerpolitik in den ersten Jahren gar nicht sozial sein (!), weil Deutschland seine Einkommen- und Vermögenssteuer nicht nach eigenem Ermessen gestalten könne wegen der sonst sich noch steigenden Kapitalflucht. Diese bedeutet bei der deutschen Kapitalknappheit aber immer wieder vermehrte Arbeitslosigkeit.“

Die Arbeiterklasse wird aus dieser Tagung un schwer die Lehre ziehen, wie bedingungslos die SPD. und das Zentrum, das mit Schiele, Trebitz und in der Regierung sitzt, Schulter an Schulter ihre arbeiterscheitliche und kauernefeindliche Politik durchführt. Die sozialdemokratischen und Zentrumspartei müssen erkennen, daß sie nur mit der kommunistischen Partei erfolgreich gegen die Volksausbeuter und ihre Lakaien kämpfen können.

VII. Bezirksparteitag Oberschlesien

Am 17. und 18. Mai tritt in Hindenburg, Lokal Roth, Paulstr. 7, der VII. Bezirksparteitag des Bezirks Oberschlesien der kommunistischen Partei Deutschlands zusammen. Beginn Sonntags 17 Uhr.

Tagesordnung:

1. Politische Lage und Aufgaben der Partei. Referent: Vertreter des Zentralkomitees.
2. Anträge und Wahlen.

Die Delegierten melden sich unter Vorzeigung eines Ausweises, des Partei-, Gewerkschafts- und Parteimitgliedsbuches bis 17 Uhr im Tagungsort. Gäste haben nur gegen Gastkarte Zutritt, die im Tagungsort zu haben ist. Die Ortsgruppen und Zellen haben die Abrechnung für Parteitag, Kampfbroschüren, Rainellen und der Sammelkassen „Nun erst recht“ den Delegierten, wo sie noch nicht erfolgt ist, mitzugeben.

Kommunisten fordern Hilfe für die Opfer der Grubenkatastrophe

Hindenburg, 14. Mai. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat einen Dringlichkeitsantrag eingereicht, in dem für die Hinterbliebenen der auf der Konfessionsgrube getöteten Bergarbeiter eine Beihilfe in Höhe von 5000 Mark gebordert wird. Das am Donnerstag zusammentretende Stadtparlament wird sich mit diesem Antrag zu beschäftigen haben.

Weitere Ergebnisse der Betriebsratswahl bei der Reichsbahn

Breslau, 14. Mai. An weiteren Meldungen über die Resultate der Betriebsratswahl bei der Reichsbahn liegen vor: Hauptbahnhof Breslau, Betriebswerk: Reformisten 169 Stimmen, Opposition 13, ungültig 4. Stimmberechtigt waren 222, gestimmt haben 186.

Güterabfertigung Breslau-West: Opposition 70 (82), Reformisten 119 (107), GdE. 55 (70). (In Klammern sind die Zahlen des Vorjahres angegeben.) Die Sitze verteilten sich wie folgt: Opposition 2 (2), Reformisten 4 (3), GdE. 1 (2). Infolge der Entlassungen sank die Zahl der Stimmberechtigten von 292 des Vorjahres auf 259. Obwohl unter den Entlassenen sich auch oppositionelle Funktionäre befanden, ist das Resultat keinesfalls befriedigend. Die Kollegen werden ernsthaft prüfen müssen, welche Mängel ihre bisherige Arbeit zeigte, mit dem Ziel, sie auszumergen, um die Mehrheit erobern zu können.

Wieder ein Terrorurteil

Hindenburg, 14. Mai. Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte unseren Genossen Franz Schwegler zu einem Jahr und sechs Monaten Festung wegen angeblicher Zersetzungsbefehle. Das Reichsgericht ging über den Antrag des Reichsanwalts hinaus, der ein Jahr und fünf Monate beantragt hatte.

Was wird geplant?

Nach in den nächsten Wochen soll die Arbeitslosenunterstützung für Saisonarbeiter und berufstätige Frauen beseitigt werden

Die seit Wochen eingeleitete Diskussion in der bürgerlichen Kreise über die Abbaumassnahmen bei der Erwerbslosenunterstützung verbindet sich jetzt zu bestimmten konkreten Vorschlägen. Wie üblich, steht das „Berliner Tageblatt“ an der Spitze des Komplexes zur Aufhebung der Erwerbslosen.

Ein Dr. Hofrichter hat es diesmal übernommen, eine „Kurzfrage“ in parlamentarischen Kreisen zu veranlassen und veröffentlicht den Entwurf im „B. T.“ am 13. Mai. Die Pläne, die in den sozialreaktionären parlamentarischen Kreisen ausgehandelt worden sind, rücken sich zunächst auf den berechtigten Antrag Meißner-Lenk, der im vorigen Jahre bereits im Sachverständigenausschuß eine traurige Rolle gespielt hat. Nach diesem Antrag sollen die Unterstützungsleistungen nach der Aufhebung der Beiträge gestrichelt werden. Das bedeutet für Hunderttausenden von Erwerbslosen, die nicht aus eigener Schuld nur immer kurzfristige Arbeitsperioden haben, eine besondere Bestrafung durch Beschränkung der Unterstützungsleistungen. Geradezu unerhörte sind jedoch die Forderungen, die Dr. Hofrichter jetzt stellt. Er verlangt nicht mehr und nicht weniger als:

Die Aussonderung der saisonalbeschäftigten Arbeiter, der Landarbeiter und vor allem der berufstätigen Frauen aus der Versicherung.

Daneben soll die Reichsanstalt die Versicherungsleistungen bei unständig Beschäftigten und Heimarbeitern wesentlich verschlechtern. Bei Heimarbeitern soll lediglich der Haushaltungsverband Hauptunterstützungsempfänger sein. Die Beiträge zur Versicherung sollen auf 4 Prozent erhöht werden und weiter ist beabsichtigt, die Wartezeit für die Angehörigen und hochqualifizierten Arbeitern zu verlängern. Die „besonderen“ Interessen der Angehörigen sollen in einer Angehörigenabteilung wahrgenommen werden.

Auch die „Berliner Vorzeitung“ vom 11. Mai 1930 beschäftigt sich mit den Abbaumassnahmen in der Arbeitslosenversicherung. Hier wird ebenfalls verlangt, die Unterstützung nach der Höhe der geleisteten Beiträge zu staffeln und außerdem den jugendlichen Arbeitslosen eine geringe Unterstützung als heute anzubieten.

Alle diese Vorschläge zeigen, wie bitter ernst die Lage für die Millionen Erwerbslosen ist. Schon in den nächsten Wochen

werden diese Vorschläge sowohl im Vorstand der Reichsanstalt, wie auch im Reichstage, beraten werden. Schnellste Mobilisierung der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter zur Gegenwehr ist notwendig, um die Pläne der Sozialreaktion zu durchkreuzen.

Brüning führt das SPD.-Programm durch

Die „Germania“ schreibt der SPD. ins Stammbuch

In einem Artikel: „Die sachtliche Opposition“ sagt die Zentrums-„Germania“ der Sozialdemokratie einige Wahrheiten. Die Politik der Hermann-Müller-Regierung war so offen arbeitserföndlich, daß die Regierungsparteien jetzt fast bei jedem ihrer Programmpunkte darauf hinweisen können, daß ja ihre Vorgängerin, die Hermann-Müller-Regierung, doch nichts anderes beschlossen oder getan hat.

So auch in diesem Artikel. Das Zentrumsblatt stellt fest, daß die SPD., die jetzt so heftig gegen die geplante Bürgersteuer (Kopfstener) Mosdenhauers Opposition mimt, am wenigsten dazu berechtigt sei, da kein anderer als Hermann Müller in einer Rede vom 12. September sich für die Kopfstener ausgesprochen hat. Nach einer Aufzählung einiger solcher Fälle der verlogenen SPD.-Opposition schreibt die „Germania“ der SPD. folgendes ins Stammbuch:

„Diese Haltung ist nun so merkwürdiger, als doch das Radikale Brüning bisher im wesentlichen nichts anderes zu tun hatte, als den Schnitt wegzuräumen, den die Sozialdemokratie hinterlassen hatte: nämlich die Steuererhöhungen zu verabschieden und den Etat zur Verabschiedung zu bringen, die unter Führung des sozialdemokratischen Reichsanstalters und unter Billigung sozialdemokratischer Minister und Unterhändler ausgearbeitet worden sind.“ (!)

Diese scharfe Sprache hindert natürlich das Zentrum nicht, weiter mit der SPD. in der Preußenkoalition zu sitzen. Aber die Arbeiter, die sozialdemokratischen wie die Zentrumsarbeiter, werden daran erkennen, daß das Zentrum in seiner Politik der Wucherzölle, Massenjournen und Millionengeschenke an die Reichs in Stadt und Land tatsächlich den von der SPD.-Koalition vorbereiteten Weg beschreitet.

SPD.-Fleischer verbietet SPD.-Demonstration

Dresden, 13. Mai (Eig. Drahtb.). Der sozialdemokratische Polizeipräsident Leipzigs, Fleischer, dessen Schupo am Reichsjugendtag die Genossen Dyba und Zahuta erschossen, hat eine für den 11. Mai angelegte sozialdemokratische Kundendemonstration verboten.

Als das Verbot bekannt wurde, schrieb die „Linke“ Leipziger „Volkzeitung“ in bewährter Lügenhaftigkeit:

„Das Verbot geht vom Innenminister Richter aus, der damit erkennen läßt, daß er von vornherein den Wünschen der Reaktion Rechnung tragen wird.“

Über schon am nächsten Tag mußte das Leipziger Lügenblatt berichtigten, daß das Verbot lediglich vom Leipziger Polizeipräsidenten ausgesprochen wurde, und daß der Innenminister überhaupt nichts vom Verbot gewußt hat!

Dieser Vorfall entbehrt zweifellos nicht einer gewissen Komik. Denn das SPD.-Blatt, das noch am Tag zuvor davon sprach, daß den Wünschen der Reaktion Rechnung getragen werde, muß nun schamhaft gestehen, daß die Verköperung dieser Reaktion niemand anders als ihr eigener „Linke“ sozialdemokratischer Führer Fleischer ist, von dem die Leipziger „Volkzeitung“ nach dem Blutbad am Reichsjugendtag schrieb: „Die Leipziger Arbeiterschaft steht geschlossen hinter ihrem roten Präsidenten.“

Die SPD.-Arbeiter können sich an diesem Musterbeispiel sozialfaschistischer Lügenhaftigkeit und Arbeitserföndlichkeit davon überzeugen, aus welchem Holz ihre „Linken“ Führer geschnitten sind. Sie werden unfehlbar die Folgerungen ziehen und sich durch die „Linken“ Verräter nicht länger vom gemeinsamen Kampf mit dem revolutionären Proletariat abhalten lassen.

Die SPD. für die Eisenbahner

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit dem Etat des Reichsverkehrsministeriums.

Die Genossen G e s e l e und G e r t griffen die reaktionäre Politik der Reichsbahnverwaltung an und forderten die Verhinderung der Erhöhung der Tarife der Eisenbahn.

Sie verlangten ferner die Verhinderung der Schließung und Einschränkung der Reichsbahn-Ausbesserungswerke sowie die Wiedereinstellung der 20 000 Zeitarbeiter.

Nebenbei sei die Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich, voller Lohnausgleich und Erhöhung der Löhne um mindestens 20 Pfennig pro Stunde.

Der Sozialdemokrat S c h e f f e l wandte sich gegen die kommunistischen Anträge für die Eisenbahner und erklärte, daß die „politische Ueberbelastung“ die Reichsbahn in die Zwangslage versetze, die sachlichen Ausgaben zu drücken. Alle KPD-Anträge wurden bis auf den abgelehnt, der sich gegen die Schließung der Werkstätten ausspricht.

Sechs Monate Gefängnis für Versammlungsbesuch

C h e m n i t z, 13. Mai. Die Gewerkschaftsbürokratie des Bergewerksbundes hat vor dem Landgericht Zwickau gegen fünf oppositionelle Bauarbeiter eine einseitige Verfügung erwidert, wonach diesen Kollegen unter Androhung einer Geldstrafe oder einer Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten verboten wird, die Mitgliederversammlungen des Bergewerksbundes zu besuchen. In der Begründung der Verfügung heißt es: „durch das Verhalten der oppositionellen Kollegen würde offensichtlich eine rechtliche und geschäftliche Beengung der Bewegungsfreiheit der Vereinsmitglieder herbeigeföhrt.“

Das genaue Gegenteil ist richtig! Denn die einseitige Verfügung wurde durch die Sozialfaschisten nur deswegen erwidert, weil die Mitglieder des Bergewerksbundes dafür gesorgt hatten, daß ein ausgeschlossener Kollege an der Generalversammlung teilnehmen konnte. Ein ähnlicher Vorgang ist auch aus Glö h a zu verzeichnen.

Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie zeigt sich immer mehr im ureigensten Licht. Das muß für die Gewerkschaftsmitglieder ein erneuter Anlaß sein, sich hinter die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu stellen, die einen unermüdeten Kampf gegen die sozialfaschistischen Gewerkschaftszersplitterer föhrt.

Zörg ebels schwarze Listen

Verächtliche Bepöbelung der revolutionären Arbeiter — Jagd auf kommunistische Zerkungsschriften

Essen, 12. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Unser Essener Bruderblatt, das „Ruhr-Echo“, veröffentlicht aufsehenerregende Dokumente über die Spitzelmethoden der IA gegen über revolutionären Arbeitern.

In den letzten Wochen häuften sich die Fälle von Hausdurchsuchungen in den Parteibüros und den Wohnungen revolutionärer Arbeiter des Ruhrgebietes. Der Nachrichtendienst der kommunistischen Partei hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und festgestellt, daß die Hausdurchsuchungen im Ruhrgebiet auf Anweisung des Polizeipräsidenten Berlin erfolgt sind. Man forscht nach den „Zerkungsschriften“: „An alle Frauen und Bräute der unteren Polizeibeamten Berlins!“, „Der gute Kamerad“ Nr. 1—5, ferner ein Flugblatt, unterzeichnet „Die roten Frontkämpfer Deutschlands“, mit dem Titel „Nieder mit der Stahlhelmregierung des Hindenburg-Bürgerblods“.

Die Anweisungen wurden funktentelegraphisch von der IA am 30. April in Berlin durch Rundpruch Nr. 19, 22 und 23 erteilt.

Die Zörgiebels-IA hat fernerhin Fragebogen fertiggestellt, die jedem verhafteten Arbeiter vorgelegt werden sollen. Diese Fragebogen, die nicht ihresgleichen finden in der Zeit der schwarzeften Reaktion unter dem Bismarck-Regime, haben folgenden Wortlaut:

1. Durch wen sind Sie aufgefordert worden, an der Veranstaltung teilzunehmen?
2. Wie erging die Aufforderung an Sie? (Schriftlich, mündlich, in einer Versammlung an alle Anwesenden, falls in einer Versammlung, um was für eine Versammlung handelte es sich?)
3. Sind besondere Anweisungen bezüglich der Teilnahme, insbesondere über Kleidung, Abzeichen, Verhalten der Polizei gegenüber oder dergleichen gegeben worden? (Bejahendenfalls sind die Anweisungen genau niedergeschrieben?)

1. Seit wann sind Sie Mitglied der antifaschistischen proletarischen Wehrorganisation?

2. Welcher Ortsgruppe gehören Sie an?

3. a) Wieviel Beitrag zahlen Sie im Monat bzw. in der Woche?
b) Welche Aufgaben hat die AG?

4. Gehörten Sie früher der Aufrucht oder dem KZB an? (Gegebenenfalls genau die Zeiten der Zugehörigkeit zu den beiden Organisationen angeben.)

5. Richtig Sie, daß der KZB aufgelöst, alle Nachfolgeorganisationen verboten sind und die Veranstaltung am 27. Oktober 1929 (Reichsaufrucht gegen das KZB-Verbot, D. Rev.) nicht stattfinden durfte? (Hierbei ist der Beschuldigte daran zu erinnern, daß das Verbot allgemein und daher auch ihm wohl bekannt gewesen sein wird.)

6. Bei dringendem Tatverdacht ist zum Schluß der Beschuldigte nach Mitgliedsbüchern bzw. Karten linksstehender Organisationen, Abzeichen, Waffen und sonstigen Beweismitteln zu durchsuchen und die vorgefundenen Stücke dem Protokoll beizufügen.“

Diese Anweisung gibt jedem Arbeiter Aufschluß über die Methoden der politischen Polizei in der Bekämpfung revolutionärer Organisationen und mahnt jeden einzelnen zur Vorsicht.

Soldatenschinderei im Reiche Groeners

Strafererzieren in fußhohem Schlamm

Durch Schlitzen der Offiziere zum Selbstmord getrieben

Vor kurzem veröffentlichte die „Rote Fahne“ einen Erlaß Groeners gegen die kommunistische „Zerkungsschrift“ in Armee und Flotte. Vergeblich bemüht sich Groener durch solche Erlasse, durch Bepöbelung der Soldaten und Auslösung hoher Belohnungen für die Zubäse, das Licht der Aufklärung aus den Reichswehrkasernen und Schiffen auszuschließen. Vergeblich, denn die schneidigen Offiziere geben den Proleten in Uniform tagtäglich praktische Lektionen in Klassenzugehörigkeit. Von den vielen Fällen von Beschwerdebriefen, die uns von Soldaten und Polizisten zugeschlitt werden, sei nachstehend nur ein besonders trasses Beispiel wiedergegeben:

In der Jänsburger Kaserne trug sich vor kurzem folgender Vorfall zu:

Bei einer Morgenübung auf dem neuen Übungsplatz am Reichssee mußte ein Kamerad wegen eines ganz geringfügigen Verzögerns

auf dem Baum eine Böhse herunterstrecken.

Am Fuße der Böhse befand sich eine große Pfütze, durch die er ebenfalls hindurchstrecken mußte. Der Schlamm war so tief, daß die Hände bis weit über die Handgelenke darin versanken und natürlich die ganze Uniform verdrückt wurde. Als der Kamerad um 8 Uhr morgens wieder in der Kaserne eintraf, erhielt er den Befehl, sich schon um 9 Uhr mit einem sauber gewaschenen

und gebügelterm Anzug zum Kirchgang einzufinden. Natürlich war es ihm einfach unmöglich, in einer Stunde die über und über verstaute Uniform wieder zu waschen und zu bügeln.

Doch was geschah, als er um 9 Uhr nicht fertig war? Er bekam drei Tage Arrest.

Ueber einen anderen Fall von unerhörter Soldatenmishandlung berichtet das gestrige „12 Uhr“-Blatt. Bei der 2. Fahrabteilung der 4. Eskadron in Rendsburg hatte der 18jährige Fahrer Niermann im Juli v. J. Selbstmord verübt. In seinem Abschiedsbrief hatte er geschrieben:

„Sagt bitte auch dem Unteroffizier König eine Kugel zuteil werden, denn er ist derjenige, der mir das Leben schwer gemacht hat.“

König wurde von einem allzu willigen Schöffengericht in Kiel freigesprochen. Die Sache hatte aber so viel Staub aufgewirbelt, daß das Reichswehrministerium eine Untersuchung einleitete und mußte, bei der herauskam, daß König den Soldaten Niermann in brutaler Weise schikanieren hatte.

Einmal zwang er den Soldaten, eine leere Karre mehrere Male über den Hof zu schieben und dabei öfter hinzutreten, was er als Freiübung bezeichnete.

Viele andere solche Beispiele könnten angeführt werden. Die Soldaten machen immer mehr auf und erkennen, daß nur die KPD. für die Interessen der Proleten im Waffenrock kämpft.

Unter Severings Republik-Schutzgesetz

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hatte eine Versammlung für die Belegschaft des Stahlwerks Vöckler einberufen. Am Spürmännchen ließ die Direktion einen Anschlag anbringen, der den Besuch der Versammlung verbot. Am Versammlungsort war Polizei in Uniform und Zivil angewandt. Dem Will wurde unterjagt, das Lokal für die Versammlung herzugeben. Der Bürgermeister des Ortes fehlt in dieser Front nicht. Er verbot den Verkauf der „Roten Walze“ — wegen Verkehrshinderung.

In der am Freitag, dem 9. Mai, in Kreisfeld veranstalteten Versammlung der kommunistischen Partei, einer öffentlichen Parteimitgliedereversammlung, erschienen zur Ueberwachung drei Kriminalbeamte. Auf der Straße stand ein starker Schupososten. In eine Versammlung nach Uerdingen bei Kreisfeld hatte man zwei Beamte beordert. Im Gegensatz dazu erschien die Polizei in einer nationalsozialistischen Versammlung in Uerdingen erst nach Schluß.

Vom Schöffengericht in Traunstein in Bayern wurden wegen Teilnahme an der Erwerbslosendemonstration am 6. März der Genosse Brazenthaler zu zwei Monaten Gefängnis und der Arbeiter Niederer zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Reformistische Bergarbeiter-Internationale tagt

Am 12. Mai begann in Krakau der Kongress der reformistischen Bergarbeiterinternationale, an dem 160 Delegierte aus allen Ländern teilnehmen; davon entfallen auf Deutschland 20. Die Tagesordnung des Kongresses ist fast dieselbe, wie sie auf allen Tagungen der Amsterdamer Bergarbeiterführer der letzten Jahre zu finden war. Nicht weniger als 45 Punkte sollen behandelt werden. Ja, sogar der „Kampf gegen den Krieg“ steht auf der Tagesordnung. Wie es damit in Wirklichkeit aussieht, haben die Drahtzieher der Amsterdamer Internationale durch den Bau von Panzertreuzern in Deutschland und durch die Unterstützung der Kriegserüstungen in allen Ländern am besten bewiesen.

Der Weg, den der Internationale Bergarbeiterverband geht, wird am besten gekennzeichnet durch die Tatsache, daß er in Krakau in Polen stattfindet. In Polen, unter der Regierung des Sozialfaschistischen Pilsudski, wo die Arbeiterbewegung mit den brutalsten Mitteln des faschistischen Terrors niedergeschlagen wird, wo Tausende und aber Tausende von revolutionären Bergarbeitern in den Kerker schmeißen, dürfen die Amsterdamer Bergarbeiterführer ihre Tagung abhalten. Ansehend fühlen sich die Führer der Amsterdamer Bergarbeiter-Internationale am wohlsten in den Kreisen der faschistischen und sozialfaschistischen Diktatoren. Denn schon ihre letzte Komitee-Tagung hielten sie in Madrid in Spanien ab, dem Lande, in dem die revolutionäre Arbeiterbewegung ebenfalls unter den brutalsten Verfolgungen steht. Während die Bergarbeiterschaft in diesen Ländern rücksichtslos und brutal verfolgt und niedergestreckelt wird, genießen die Führer der Bergarbeiter-Internationale die Gastfreundschaft der spanischen und polnischen Faschistenführer. Die Geistesverwandtschaft der Husemann, Figne, Cool, Delattre und Genossen mit den Faschisten wird dadurch am besten bewiesen.

Als Hauptpunkt der Tagung steht der Bericht des Exekutivkomitees über seine Tätigkeit seit dem Kongress in Lima und über die Genfer Konferenz. Bekanntlich hat der letzte Kongress in Niems im Mai 1928 eine Entschliessung angenommen, in der vom Internationalen Arbeitsamt des Völkerbundes die Einberufung einer Weltkonferenz der Kohleerzeugenden Länder verlangt wurde.

Diese Weltkonferenz, an der Regierung, Grubenherren und „Bergarbeiter“ mit gleichen Rechten teilnehmen sollten, sollte die Kohlenmärkte verteilen, den Konkurrenzkampf der einzelnen Länder untereinander ausschalten, kurz und gut, eine „Planwirtschaft in der Kohlenindustrie“ einführen. Auch sollte sie die Arbeitsbedingungen vereinheitlichen, die Löhne erhöhen und die Siebenstundenschiicht einführen. Anstatt den Kampf um Erhöhung der Löhne und Einführung der Siebenstundenschiicht zu organisieren, schwindelte der Niemser Kongress den Bergarbeitern vor, die Erfüllung ihrer Forderungen von einer Weltkonferenz der Grubenherren zu erwarten.

Jetzt sind es zwei Jahre her, seitdem die sozialfaschistischen Bergarbeiterführer diese Himmelsbohrung von Niems den Bergarbeitern herabgelassen haben. Aber nicht das Geringste von dem ist in Erfüllung gegangen. Anfangs hielt das Internationale Arbeitsamt des Völkerbundes es nicht mal für notwendig, die Führer der Bergarbeiter-Internationale zu einer Besprechung über die Weltlohlenprobleme vor dem Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes zuzulassen. Als die werten Herren Delattre und Dr. Berger erschienen, mußten sie auf dem Korridor die Mitteilung entgegennehmen, daß sie später einmal gehört werden sollen. Erst auf die Fürsprache der Drahtzieher Thomas und Jouhaux kam dann die vom 6. bis 18. Januar 1930 abgehaltene Konferenz in Genf zustande. Ihr Verlauf hat den vollkommenen Bankrott der Amsterdamer Bergarbeiter-Internationale und ihrer Niemser Parolen gezeigt. Erhielt die „Bergbauindustrie“, das Organ des Deutschen Bergarbeiterverbandes, konnte zum Resultat dieser Konferenz nur folgendes sagen:

„Als hauptsächlichstes Ergebnis dieser Beratungen ist festzustellen, daß die Konferenz trotz der Unvollständigkeit ihrer Arbeiten entschieden hat, daß die Frage der Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz von 1930 gesetzt werden kann.“

Also, die Frage der Arbeitszeit wird auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz des Völkerbundes von 1930 gestellt. Von der planmäßigen Bewirtschaftung der Kohlenindustrie keine Rede mehr. Die Arbeitskonferenz soll im Juni beginnen. Mit dieser Seite der Niemser Parolen wird sich der Krakauer Kongress beschäftigen, und einen neuen Schwindel zur Irreführung der Bergarbeiter suchen müssen. Wie dieser Schwindel aussehen wird, hat die letzte Komiteetagung, die am 1. April stattfand, bereits angedeutet. Sie nahm eine Entschliessung an, in der es heißt:

„Die Bergarbeiter-Internationale fordert (vom Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes sowie vom Internationalen Arbeitsamt) eindringlich, daß die vorgesehene Konferenz der Kohlenländer unter Beteiligung der Bergarbeiter so schnell wie möglich einberufen werde, und daß sie zur Annahme des in Aussicht genommenen internationalen Abkommens führe.“

Nach dieser Entschliessung zu urteilen, wird auch der Krakauer Kongress seine Hoffnung auf die vorgesehene Konferenz der Kohlenländer unter Führung des Völkerbundes setzen und die Bergarbeiter auf diese Konferenz vertrusten.

Während die Grubenherren in den einzelnen Ländern die Arbeitsbedingungen verschlechtern, die Löhne kürzen und die Arbeitszeit verlängern, setzt die Bergarbeiter-Internationale ihren Schwindel fort und unterstützt damit die Grubenkapitalisten in den einzelnen Ländern sowie im internationalen Maßstab. Es ist an der Zeit, daß die Bergarbeiter diesem Treiben der sozialfaschistischen Bergarbeiter-Internationale einen Riegel vorsetzen. Gerade jetzt, wo in allen Ländern die revolutionäre Bewegung auch unter den Bergarbeitern wächst, gilt es, diese zu stärken und auszubauen.

Der beste Kampf gegen die Amsterdamer Bergarbeiter-Internationale und ihre Verräterei ist die Organisation und Führung des Kampfes um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um Lohnerhöhung, Einführung der Siebenstundenschiicht in allen Ländern.

Oberschenkel gebrochen

Auf der Melchiorgrube verunglückte der jugendliche Arbeiter Raschdorf über Tage dadurch, daß er zu Fall kam und ihm von der Lokomotive ein Oberschenkel gebrochen wurde.

Adresse der U.B.G. Waldenburg

Während der Erkrankung des Genossen R. Schulz gehen alle Zuschriften an die Adresse des Genossen Karl Becker, Dittersbach, Fulmigrabe 2.

Neue Bankpleiten in Niederschlesien

In der letzten Zeit mehrten sich die Meldungen über Zusammenbrüche von kleineren Bankinstituten. Fast immer sind es berufstätige Banken, an denen hauptsächlich Bauern und Gewerbetreibende interessiert sind. Das bedeutet, daß auch diese Kreise den Großteil der durch die Zusammenbrüche Geschädigten darstellen, während sich die wirtschaftlich Stärkeren, die die besseren „Verbindungen“ haben, dabei gesundstoßen. Heute werden wieder zwei neue Bankzusammenbrüche gemeldet, und zwar:

In einer außerordentlichen Generalversammlung der Steinauer Landbank wurde festgestellt, daß hohe Kreditüberschreitungen vorliefen. Genossenschaftler und Bankpersonal, die teils ihr Konto überzogen, schulden Beträge von 6000 bis 140 000 Mark. Außerdem sind Spekulationsverluste zu verzeichnen. Vorstand und Aufsichtsrat wurden meist neu besetzt.

Vom Amtsgericht Hirschberg wurde über das Vermögen der Handels- und Gewerbank Bad Warmbrunn, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten war, das Konkursverfahren eröffnet. Damit sind die Hoffnungen vieler Einzahler, daß ein Vergleichsverfahren durchgeführt werden könnte, nicht in Erfüllung gegangen.

Görlitz

Heraus zur öffentlichen Versammlung!

am Freitag um 20 Uhr im Konzerthaus. Es spricht die von der Sozialdemokratie zur SPD. übergetretene Reichstagsabgeordnete Marie Kelle, Hannover, über das Thema: „Das wahre Gesicht der SPD.“ Agitiert für Massenbesuch.

Vorher Antreten zur Demonstration um 18,30 Uhr am Nikolaigraben!

Sagan

Eine feine „Herrschin“. Es wird uns mitgeteilt, daß auf der Blücherstraße 2 der Mittelschullehrer Steinborn wohnt, dessen Ehefrau es sich zur Aufgabe gestellt hat, die bei ihr im „Dienst“ stehenden Mädchen zu schikanieren. Alle paar Monate kann man dort wieder neue Hausangestellte erblicken. In der Stadt Sagan soll es dieser „netten Dame“ kaum gelingen, noch ein Mädchen vom Orte zu bekommen. Eines der letzten Mädchen war aus Sorau. Das selbe hatte im Korridor vergessen, seine Stragenschuhe auszuschießen und lief mit diesen ahnungslos durch das „bessere Zimmer“. Frau Steinborn hatte nichts eiligeres zu tun, als das Mädchen mit den nicht angezogenen Strampantoffeln zu beschlagen (!), worauf das Mädchen verschwand und mit seiner Mutter die „nette“ Dame zur Rechenschaft zog. Das Mädchen ist natürlich der Stellung ferngeblieben. Es sagt mit Recht: Zum Drehschablonen bin ich nicht nach Sagan gekommen. Die Hausangestellten werden sich solche Szenen

Schweidnitz

Die Reformisten schließen aus

Die Bezirksleitung des DVB. in Breslau hatte gegen den Kollegen Kaufmann den Antrag auf Ausschluß gestellt, weil er „trotz des Verbotes des Hauptvorstandes“ am 9. und 10. Februar an dem Bezirkskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition teilgenommen hat. Der Untersuchungsausschuss wurde von dem Kollegen Affert, Liegnitz, als Vorsitzender, einberufen. In einer mehrstündigen Verhandlung wurde mit drei gegen zwei Stimmen der Beschluß gefaßt, den Kollegen Kaufmann aus dem DVB. auszuschließen, da dieser zugab, die Beschlüsse des Hauptvorstandes mißachtet zu haben und sie solange mißachten zu wollen, als er es im Interesse der revolutionären Arbeiterschaft und der revolutionären Gewerkschaftsopposition für notwendig erachtet. — Metallarbeiter in Schweidnitz, kämpft gegen die Ausschüsse und schließt sich der revolutionären Gewerkschaftsopposition an.

Königszell

Faschisten werden frech

A. N. Am Sonntagvormittag konnte man beobachten, wie frech provozierend die Nazis auftreten. Die Jünglinge, denen man ansah, daß sie kaum die Schulbank verlassen haben, führen auf Motorrädern. Hinterher folgte ein elegantes Auto. Dieses wollte wahrscheinlich achtgeben auf die Jünglinge, wenn sie sich die Hosen voll machen. Ihr Königszeller Protektor, hier konntet ihr es genau sehen, daß die Nazis mit dem Klassenbewußtsein der Arbeiter nichts gemein haben können. Wer sind denn die Herren, welche im Auto hinterher fahren? Das sind die Geldgeber für den faschistischen Spieß. Es gilt eben: Schließt euch zusammen, damit ihr den Schlag zu gegebener Zeit abwehren könnt.

besonders merken müssen. Der Frau Steinborn raten wir, etwas vorsichtiger zu sein, denn sie könnte doch mal an die verkehrte Stelle laufen.

Haynau

Im Sandsteinbruch tödlich verschüttet

Der schuldige Unternehmer freigesprochen.

Alljährlich fordern die Sand- und Kiesgruben zahlreiche Todesopfer. Am 14. November vorigen Jahres wurde in der vom Kaufmann Richard Kirchner betriebenen Sandgrube an der Chaussee Haynau—Tschirsdorf auf der Feldmark Bielau der 42jährige Arbeiter Holzbecher, am an jenem Tage die Aufsicht übertragen worden war, tödlich verschüttet. Der Pächter Kirchner hatte sich daher jetzt vor dem erweiterten Schöffengericht Liegnitz wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Abbau in der bis zu zwölf Meter tiefen Grube oft sehr schlecht vorgenommen wurde und die Behörde früher Schließung der Grube beantragt hatte. Auch unter dem jetzigen Pächter soll beim Abbau nicht immer der vorgeschriebene Böschungswinkel von mindestens 60 Grad eingehalten worden sein. Am Unglückstag arbeiteten in der Grube Holzbecher und ein Arbeiter Winter. Plötzlich stürzten Sandmassen herunter und begruben Holzbecher bis zum Hals. Winter grub Holzbecher rasch aus und forderte ihn auf, sich rasch in Sicherheit zu bringen. Im nächsten Augenblick gingen aber neue Sandmassen nieder und verschütteten Holzbecher und Winter. Während sich Winter selbst aus den Sandmassen herausarbeiten konnte, war Holzbecher bereits erstickt, als er das zweite mal geborgen wurde. Der Staatsanwalt beantragte gegen Kirchner drei Monate Gefängnis mit Strafausschließung. Das Gericht kam zu einem Freispruch. Dem Pächter sei zwar Fahrlässigkeit zur Last zu legen, da der Zustand der Grube nicht vorchriftsmäßig gewesen sei. Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Verhalten des Angeklagten und dem Tod Holzbechers sei jedoch nicht festzustellen (!).

Liegnitz

Selbstmord eines Getreidegroßhändlers! Am Montagabend erschloß sich der 34jährige Kaufmann Hugo Nerlich, Goldberger Straße 108, aus Verzweiflung über wirtschaftliche Schwierigkeiten. Er war Inhaber der kürzlich in Konkurs geratenen Getreide- und Landesproduktionsgroßhandlung gleichen Namens. Der Zusammenbruch war auf andere Konkurse, von denen er betroffen wurde, zurückzuführen. Nerlich hinterläßt eine Witwe und zwei Kinder.

Rauherzähne. Die Spezialkonstruktion der Chlorodont-Zahnbürste ermöglicht das Reinigen und Weißputzen der Zähne auch an den Seitenflächen. Nur echt in blau-weiß-grüner Originalpackung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.



Der moderne Kaufmann

Ist auf seine eigene Klugheit und Initiative angewiesen. Fehlt ihm diese, so kann er sie von keiner Hochschule beziehen. Deshalb war der Weg der deutschen Industrie von Anfang an ein Weg der Persönlichkeit.

So entstand auch die Bulgaria-Zigarettenfabrik, da in ihr der klare, unverrückbare Gedanke durchgesetzt wurde: Zigaretten zu schaffen, so gut, wie man sie zu diesem Preise noch nicht kannte.

BULGARIA-STERN

die stets frische und gleich gute 4 Pfg. Zigarette.



Rund um den Erdball

Der Mord der 13jährigen Waltraud

Sie gesteht endlich, den 1 1/2-jährigen Egon ins Wasser geworfen zu haben

Berlin, 13. Mai. Waltraud Senf, eine 13jährige Schülerin aus Lützenwalde, die seit dem 5. April d. J. verdächtigt war, das 1 1/2-jährige uneheliche Mädchen der Fabrikarbeiterin Gertrud Wolke in dem Wasser des Mühlens Rutsche ertränkt zu haben, hat jetzt nach wochenlangem Leugnen die entscheidende Tat eingestanden. Nach dem Geständnis brach das Mädchen vollkommen zusammen.

Das nunmehr erfolgte Geständnis der dreizehnjährigen Kindesmörderin bestätigt lebhaft die seit langem gehegte Ver-

mutung, adressiert an „Fräulein Waltraud Senf“ ein, der zwar aus Berlin adressiert, aber in Lützenwalde abgestempelt war.

Dieser Brief sollte die „Tante Rechtsanwältin“ abgeschickt haben, bei der nach der Erzählung Waltrauds der kleine Egon Unterkunft erhalten habe. Dieser Schwindel wurde dadurch begünstigt, daß die Mutter der Waltraud des Lesens und Schreibens kaum mächtig war. Das besorgte die 19jährige alles für ihre Mutter. Auch die 22jährige Gertrud Wolke, die Mutter des kleinen Egon, war gegenüber der unheimlich reglosen und überreifen Waltraud fast vollkommen willenlos.

Aus dieser Situation heraus ist es allein zu erklären, daß die beiden Frauen, die durch Ausbeutung und Elend fast stumpfsinnig geworden waren, den Lügen der Waltraud Glauben schenkten und tatsächlich annahmen, daß der kleine Egon am 5. April von der „Tante Rechtsanwältin“ aus Berlin abgeholt worden wäre.

Im polizeilichen Verhör leugnete Waltraud zunächst tagelang alles. Erst nachdem sie in die Enge getrieben worden war, machte sie ein Teilgeständnis, wonach der kleine Egon beim Spielen in die Rutsche gefallen und darin ertrunken sei. Inzwischen aber fielen die Briefe in die Hände der Polizei. Dadurch kam man immer mehr zu der Ueberzeugung, daß Waltraud den kleinen Egon vorsätzlich ertränkt habe. Aber erst traub den kleinen Egon vorsätzlich ertränkt habe. Aber erst traub den kleinen Egon vorsätzlich ertränkt habe.

Ob die Ueberführung Waltrauds in eine Fürsorgeanstalt, die man jetzt vorgenommen hat, der richtige Weg ist, das um die glückliche veranlagte Kind zu retten, muß im Hinblick auf die vielen traurigen Resultate dieser „brüderlichen“ Erziehung mehr als bezweifelt werden.

Die Bergwerkskatastrophe in Hindenburg



Wie bereits gestern gemeldet, ereignete sich auf der Concordia-Grube in Hindenburg eine folgenschwere Schlagwetterexplosion, bei der insgesamt 9 Bergleute getötet und 3 schwer verletzt wurden. Zur Bergung der Verunglückten bildete sich sofort eine Rettungskolonie, die jedoch, als sie an die Unfallstelle vorgedrungen war, ebenfalls von einer Schlagwetterexplosion überrascht wurde. Unser Bild zeigt eine solche Rettungskolonie beim Bergen von verunglückten Kumpels.

Schweres Autobusunglück in Belgien

15 Personen verletzt

Brüssel, 13. Mai. In der Nähe von Brüssel rammte ein vollbesetzter Autobus in voller Fahrt gegen einen Baum und schlug um. Er wurde vollkommen zertrümmert. Von den Insassen, die von einer Hochzeitsfeier kamen, wurden 7 schwer, 8 leichter verletzt.

mutung ihrer Schuld. Denn Waltraud, ein Kind von geradezu auffallender Intelligenz, hatte sich bereits durch Briefe, die sie an sich selbst sowie an verschiedene Personen in Lützenwalde geschrieben hatte, selbst verraten. In diesen Briefen fanden die phantastischsten Erzählungen über den Verbleib des kleinen Egon. So traf kurze Zeit nach Verschwinden des Kleinen ein

Der Theaterkahn der Deutschen Republik



Eine deutsche Studien-Gesellschaft, das „National-Theater“ in Weimar sowie finanzkräftige Kreise der deutschen Industrie und des Kunstgewerbes haben gemeinsam einen Plan ausgeheckt, die ausländischen Barbaren mit den Segnungen urdeutscher Kunst und Kunstserzeugnisse zu beglücken. Zu diesem Zweck haben sie den Viermasten-Gaffelschoner „Pro Arte“ (unser Bild), der außerdem durch zwei Schrauben angetrieben werden kann, gechartert, eine Bühne und einen Zuschauerraum für 500 Personen eingebaut, eine Kollektion deutscher sogenannter Kunstartikel darin untergebracht, und nun kann es mit Volldampf, gutem Wind und dem notwendigen Hurragebrüll zum Abschied losgehen. „Deutsche Kunst den Barbaren des Auslandes!“

Tätowierung gefällig?

Segnalverbrecher lockt Kinder an sich, um sie zu tätowieren

Berlin, 13. Mai. In Berlin-Moabit wurde der 38jährige Autoschlosser Fritz Ziegenbein verhaftet, der seit Jahren Kinder in seine Wohnung gelockt hat, um sie dort über und über zu tätowieren. Dr. Magnus Hirschfeld, dem Ziegenbein bereits vor einigen Jahren wegen des gleichen Vergehens vorgeführt wurde, bezeichnet ihn als einen „unnormalen Menschen mit satyrischen Neigungen“.

Nach seinen letzten Verfehlungen, die einige Jahre zurückliegen, schien es, als ob Ziegenbein sein Treiben eingestellt habe. Doch wie es jetzt offenbar geworden ist, ist er seinem dunklen Trieb nur in raffinierterer Art und Weise nachgegangen. Erst auf Grund von Anzeigen erinnerte man sich dieses Segnalverbrechers wieder, und nach einigen Beobachtungen konnte er überführt und verhaftet werden. Ziegenbein, der mit seiner Frau in kinderloser Ehe lebt,

ließ sich keine Gelegenheit entgehen, um spielende Kinder in seine Wohnung mitzunehmen.

Hier tätowierte er sie dann, teilweise unter Gewaltanwendung, teilweise nachdem er sie überredet hatte.

Anderer Manipulationen nahm er an den Kindern nicht vor. Einmal nahm er auch gleich mehrere Kinder mit in seine Wohnung, und als ein Kind sich nicht freiwillig tätowieren lassen wollte, veranlaßte er die anderen Kinder, sein Opfer festzuhalten, bis er seinen Neigungen gefrönt hatte.

Er selbst ist am ganzen Körper über und über tätowiert. Im übrigen ist er aber ein solider, ruhiger Arbeiter, der mit seiner Frau in gutem Einvernehmen lebt. Und nur wenn er seine „Launen“ bekam, hielt ihn nichts zu Hause, dann mußte er ein neues Opfer suchen. Ziegenbein gab bei seiner Vernehmung die ihm zur Last gelegten Anschuldigungen rüchhaltslos zu.

Nach der Katastrophe Massenentlassungen

Wassereintrich in den Kaltschächten immer noch nicht zum Stillstand gekommen

Bleienburg, 13. Mai. Am Sonnabend fand in Bleienburg eine Belegschaftsversammlung der Arbeiter der eroffenen Kaltschächte statt, auf der bekanntgemacht wurde, daß die Werksleitung die gesamte Belegschaft gekündigt hat.

Zwar wurde in Aussicht gestellt, daß einige hundert Arbeiter wieder eingestellt würden, wenn die Schächte wieder in Betrieb genommen werden. Inzwischen sollten aber 250 Arbeiter bestimmt brotlos werden. Inzwischen steigt der Lagen-eintrich in allen Schächten langsam, aber stetig weiter und der große Katal am Harleberg vergrößert sich immer mehr. Bahnstrecke und Chaussee sind noch gesperrt.

Die sowjetrussische Nordlandexpedition

Moskau, 13. Mai. Nunmehr werden nähere Einzelheiten über die bereits vor einigen Tagen von uns gemeldeten sowjetrussischen Expeditionen nach der Westküste von Nordland bekannt. Danach wird am 10. Juli der Eisbrecher „Sedow“ Archangelsk verlassen. An Bord befinden sich u. a. auch kleine, mobile Wohnhäuser für zu gründende Niederlassungen in Nordland. Rund 15 Wissenschaftler werden die Expedition mitmachen, desgleichen zwei Flieger mit ihren Maschinen und Bordmonteuren.

Eisenbahntentat in Missouri

In der Nähe der Stadt Kaithez im amerikanischen Staate Missouri wurde ein Versuch durch unbelannte Attentäter, die Schienen auf die Schienen gelegt hatten, zum Entgleisen gebracht. Dabei wurden zwei Bahnbeamte getötet.

Südatlantik in 21 Stunden überflogen

Der französische Flieger Kermoz, der am Montag in Saint-Louis in der französischen Kolonie Senegal zum

Fluge nach Südamerika gestartet war, ist am Dienstag 8.10 Uhr bei Natal in Brasilien gelandet. Er hat den Südatlantik, eine Strecke von 3150 Kilometern, in 21 1/2 Stunden überflogen.

Verhängnisvolle Probefahrt

Während einer Probefahrt der freiwilligen Feuerwehr des österreichischen Städtchens Breitenau stürzte der Kraftwagen, auf dem sich acht Feuerwehrleute befanden, eine 1 1/2 Meter hohe Straßenschilderung hinab. Ein Feuerwehrmann war sofort tot, drei wurden schwer verletzt. Einer von ihnen ist im Krankenhaus bereits seinen Verletzungen erlegen.

DU-Schuster Dr. Dvorak



Der als bürgerlicher Dichter und Schriftsteller bekannte tschechische Oberstaatsrat Dr. Dvorak wurde unter der Anschuldigung verhaftet, gegen hohe Bestechungsgelder junge wehrpflichtige Bourgeoisssöhne — Jungproletarier konnten natürlich die Schmiergelder nicht bezahlen — bei der Heeresaushebung für dienstuntauglich erklärt zu haben. Der Verhaftete hatte früher in alten österreichisch-ungarischen Heere dieselbe Stellung inne, wo er gleichfalls schon diese einträglichen Schiebungen tätigte.

Betrunkene und Kinder reden die Wahrheit

Wie wahr dieses alte Sprichwort ist, beweist die Zuschrift eines Arbeiterkorrespondenten an unser Sühler Parteiblatt „Arbeiterwille“. Dieser Arbeiter hatte am 1. Mai in einer Sühler Gastwirtschaft ein Erlebnis, das er wie folgt beschreibt:

„An einem Tisch saßen mehrere Sozialdemokraten, erkenntlich an dem roten Maifestabzeichen der SPD. Die erhitzen Gesichter zeigten, daß sie dem „Maibier“ bereits tüchtig zugesprochen hatten. Das Abhängen mehrerer kläffiger Gassenhauer bewies ein übriges. Doch dann kamen sie in das richtige Fahrwasser und hell schmetterten ihre feuchten Rehlen:

„Warum ist es am Rhein so schön...“

Aber ihren ganzen patriotischen Jammer kleideten sie doch in den folgenden Vers. Arbeiter, gebt acht, was diese Fierden der 2. Internationale am 1. Mai zu singen mußten:

„Warum ist es am Rhein nicht schön?
Warum ist es am Rhein nicht schön?
Weil der Franzmann, der Dreckfack,
Unser Rheinland besetzt hat.
Daher ist es am Rhein nicht schön,
Um Arbeitern nicht schön.“

„Betrunkene und Kinder reden die Wahrheit“, und besoffene Sozialunionen offenbaren im Iran die ungeheure ideologische Verzerrung des Reformismus. Wenige Stunden vorher demonstrierten diese Bierbrennpatrioten noch unter der Losung „Proletariat aller Länder vereinigt euch“, um einige Zeit später nationalitätlicher wie Urteutonen ihre wahre Meinung herauszugöhlen.

Drahtloser Telefonverkehr Belgien-Java

Die drahtlose Telefonverbindung zwischen Belgien und Niederländisch-Ostindien wurde am Dienstag morgen durch ein Gespräch zwischen dem Postminister und einem höheren Kolonialbeamten der Niederländisch-Ostindischen Regierung in Bandoeng auf Java eröffnet.

Breslau

Die Kommunisten zum Provinzial-Etat

Magistrat begrüßt Monarchistenverein

Der „General“ von gestern enthält folgende Notiz:
Der Magistrat Breslau an den Königl.-Ellisabeth-Bund. Unter großer Beteiligung aus dem ganzen Reich beging der Königl.-Ellisabeth-Bund in Berlin im Saalbau „Friedrichshain“ die Erinnerung an die vor 70 Jahren in Breslau erfolgte Gründung. Die Feier wurde eingeleitet durch die freudig ausgenommenen Besetzung eines Schreibens, in dem der Magistrat Breslau in herzlichsten Worten (1) der Stiftung des stolzen Regiments im Schlesiens Hauptstadt und der anschließenden zehnjährigen unigen Verbundenheit Breslaus mit dem schlesischen Garderegiment gedenkt und den Bund beglückwünscht. Die aus der Breslauer Zeit stammenden Veteranen zog Prinz Oskar von Preußen (1), das Ehrenmitglied des Bundes (1), in längere Unterhaltung. Der Montag war für den Besuch Potsdams bestimmt. Am Carlshage der Königin (1) Elisabeth in der Friedenstrasse, an dem die vier Fahnen des Regiments die Wacht hielten, wurde nach einer Ansprache des Hofpredigers Vogel (1) ein Kranz mit der goldenen Regimentskette niedergestellt.

Bescheldene Feststellung: Der Magistrat — das sind auch Mache, Schramm, Ziegler. Da wir von ihrem Protest gegen diese „Begrüßung“ nichts gehört haben, darf man wohl annehmen, daß die Herrschaften einverstanden sind. Danke, das genügt uns!

Großfeuer im Elektrizitätswerk

Gestern Dienstag kurz nach 19 Uhr entstand im Elektrizitätswerk am Scheibenberg in dem großen Schaftraum für die Metallhäuser plötzlich Kurzschluss. Flammen schlugen hervor und setzten einen Teil der Dachkonstruktion und mehrere Schalbretter in Brand. Die Bekämpfung des Brandes wurde von der Feuerwehr mit zwei Schlauchleitungen aufgenommen. Die Feuerwehrmannschaften schlugen mit Netzen das Dach zum Teil auf. Nach 20 Uhr rückte ein Teil der Wagen ab, die Aufräumungsarbeiten gogen sich jedoch noch längere Zeit hin. Infolge des Feuers ließ für einige Zeit die Lichtwärme nach, was sich besonders in den Häusern der Innenstadt bemerkbar machte.

Motorrad gegen Polizeiauto

Ein Polizeikraftwagen fuhr gestern die Dfener Straße entlang und wollte vor dem Grundstück Dfener Straße 30 die linke Seite erreichen. Auf der Mitte der Straße wurde das Polizeiauto von dem Kraftfahrer Hoffmann angefahren. Der Motorradfahrer stürzte und zog sich schwere Verletzungen zu. Das Motorrad wurde unbrauchbar.

Gestern fuhr der Arbeiter Lorenz mit seinem Fahrrad auf der Gneisenaustraße und überholte ein dort haltendes Führerwerk, als an der Spitze die Geschäftsinhaberin Jandel hinter dem Fußwerk hervortrat, um die Straße zu überqueren. Sie ließ dabei dem Arbeiter in das Fahrrad und kam zu Fall. Bewußtlos wurde sie mit einer schweren Gehirnerschütterung in das Allerheiligsten-Hospital geschafft.

Generalmitgliederversammlung der Internationalen Arbeiterhilfe heute Mittwoch, 20 Uhr, im „Gelben Löwen“, Oberstraße 23 (unteres Zimmer). Jedes JMW-Mitglied ist verpflichtet, an der Versammlung teilzunehmen.

Heute 11a-Probier! Alle Teilnehmer an unserer Revue „Deutschland, Deutschland über alles“ (Sprechchor, Szenenmitwirkende) kommen heute 20 Uhr in die Gymnastikhalle, Nikolaischladtgraben 18, zu einer sehr wichtigen Probe. Leo Lindberg und Karl Partha sind anwesend.

Gebt für die rote Hilfe!

Kinderchor! Alle Arbeiterkinder, die an einem Sprechchor mitwirken wollen, kommen Freitag 16 Uhr zu Urndt, Waletzstraße. Besonders eingeladen sind die Mitglieder des Jungpartakubundes.
Hstoria-Palast. Der in obigem Theater laufende Tonfilm „Ich glaub nie mehr an eine Frau“ bietet inhaltlich und musikalisch Wert. Hervorzuheben ist bei der guten Musik des Theaters die Aufnahme des Gesanges des Kammerjägers Richard Lauber. — Im Beiprogramm wirkungsvolle Szenen einer Naturaufnahme. Sch.

„Wer kommunistische Zeitungen liebt, begeht Verrat am Proletariat!“

„Werbeargumente“ des bürgerlichen „Volkswacht“-Heldamechefs

Die Breslauer „Volkswacht“ leidet schon seit langem an bedenklichem Abonnentenschwund. Immer mehr Arbeiter kehren diesem faulen und kapitalistischem Blatt den Rücken; die links-sozialdemokratischen Kräfte verfangen selbst bei einem großen Teil der eigenen Mitgliedschaft nicht mehr. Um diesen Rückgang auszufüllen, greifen die Demagogen zu den verwerflichsten Mitteln. So hat Herr Tschu, der Geschäftsführer, u. a. einen Propagandachef namens W o h l engagiert, einen guten Bürger. Diejem Wohl wird vorgeschlagen, wenn er von Proletariern mit „Genosse“ angesprochen wird. Durch seine guten Beziehungen zur Breslauer Wochenpresse versteht er das Dehen aus dem „H“; er schimpft auch, wenn Geld stinkt nicht, zuweilen etwas auf die Bürger. Dieser Herr darf den zweifelhaften Ruhm für sich in Anspruch nehmen, den Reichard dummdreier Frechheit und Demagogie erklimmen zu haben. In einem Werbeaufsatz in der „Volkswacht“, der eine ganze halbe Seite ausfüllt, finden sich, nebst zahlreichen abgedroschenen Phrasen, folgende Sätze:
„Die kommunistische und die sogenannte bürgerliche Presse stehen den Arbeitern feindsüch gegenüber. Man darf solche Zeitungen nicht lesen und abonnieren. Wer das dennoch tut, der begeht Verrat an sich selbst, an seiner Klasse, und was das Schlimmste ist, auch an seinen Kindern.“
Ausgerechnet die „Volkswacht“, dieser Pressehandlender von Breslau, will sich zur Vertreterin der proletarischen Klasse aufspielen.

Der gestrige Tag war mit den Ausführungen der beiden Bericht-erstattet sowie einiger Redner der einzelnen Parteien ausgefüllt. Alle Redner betonten, daß die Provinz sich in „großer Not“ befindet. Aber wenn man sich den Etat genauer ansieht, so muß man sagen, daß doch noch Mittel vorhanden sind, um für eine Inflations, wie z. B. das Studentenausbehalten Coenaclum in Breslau, ein Darlehen in Höhe von 100 000 Mark zu bewilligen. Man könnte eine ganze Reihe von Posten anführen, die in diesem „Notetat“ gestrichen werden müßten. Die freiverbleibenden Summen könnten dann für die Beschaffung von Arbeit für das große Heer der Erwerbslosen Verwendung finden.

Genosse Wolkeberger ging auf den Etat näher ein. Er erklärte, daß man mit dem Notensystem an diesen Etat heranzugehen sei, ohne entscheidende Fragen zu berücksichtigen. Wir haben in unserem Antrag diejenigen Positionen hervorgehoben, die gestrichelt werden müßten, und haben auch Vorschläge gemacht, welche Arbeiten ausgeführt werden könnten zur Vinderung der großen Erwerbslosigkeit, und für welche Zwecke Positionen eingestrichelt werden müßten, um den „schlechten Notstand“ zu beseitigen. Dann sprach Genosse W o l k e b e r g zu der internationalen Lage und schilderte die Situation Deutschlands in den Jahren unmittelbar nach dem Kriege. Die Neuverteilung des Verhältnisses Deutschlands zu den Kriegerländern. Der Ausverkauf Deutschlands an die Siegermächte, um Kredite zu erhalten, bis darauf folgende Inflation, die die Not des werktätigen Volkes noch vergrößerte, sind die erste Etappe in der Wirtschaftskrise Deutschlands nach dem Kriege. Die Neuverteilung des Verhältnisses Deutschlands zu den Siegerländern 1924 bis 1928 ist die zweite Etappe, die den Dawes-Plan brachte, in der auch die Nationalisierung rückwärts durchgeführt wurde. Es folgte die Zahlung der Schulden durch Aufnahme von Krediten in Amerika, somit Aufnahme neuer Schulden zur Zahlung der alten. Man glaube an die Auswärtsentwicklung Amerikas. Die letzte Krise in der U.S.A. zeigte aber, daß das falsche Hoffnungen waren. Die Ueberproduktion in Amerika zwingt dieses Land jetzt,

nicht Geld zu geben, sondern durch Ausfuhr von Waren die Mittel des Kapitalexportes die Krise zu überleben. Der Dawes-Plan selbst ist die letzte Etappe in der Wirtschaftskrise Deutschlands. Um die Reparationslasten tragen zu können, Zinsen für Kredite aufzubringen, muß der Druck auf den Staatlasten geübt. Die Erwerbslosigkeit hat heute einen ganz anderen Charakter angenommen, als die Erwerbslosigkeit der Vorkriegszeit. Jetzt haben die Erwerbslosen keine Lust mehr auf Arbeit. Die Erwerbslosigkeit ist ein Zustand geworden. Angriffe auf die Sozialistische Bewegung, die Organisation der Erwerbslosen, Franchiserhöhung, Polterhöhung sind weitere Maßnahmen der Regierung.

Die Wirtschaftskrise Deutschlands ist abhängig von der internationalen Lage, somit ist auch Schicksal von der Weltlage abhängig. Dies kommt auch im Etat für Niederösterreich zum Ausdruck.

Für Bescheidene ist alles vorhanden, für die Opfer des Glucks nicht.

Fürsorgeerziehung ist keine Erziehung, sondern eine Zwangsarbeit, und durch Zwangsarbeit kann man niemandem erziehen. In den Heilanstalten, in denen 72 Stunden in der Woche anstrengender Dienst an den Kranken zu leisten ist, herrscht eine ungeheure Ausbeutung des Personals. Für Vorkriegszeit und sozialistische Organisationen selten Mittel vorhanden, nur nichts für die Arbeiter. Zum Schluß ging Genosse Wolkeberger auf die Ausführungen des SPD-Abgeordneten Lehmann, der sich für den Wohnungsbau „einsetzt“, in Wirklichkeit tut die SPD nichts dafür. Hinsichtlich der Kommunalisierung der Betriebe, für die sich der SPD-Redner so sehr einsetzte, wies Genosse Wolkeberger darauf hin, daß die SPD gerade in Breslau mit der Privatisierung der Gemeindebetriebe bzw. für Bildung von Aktiengesellschaften einverstanden ist.

Der Etat ist klassenmäßig für die Bescheidene eingeteilt; Subventionen, Erlass der Beiführer beweisen das. Die Kommunisten lehnen diesen Etat ab und erklären ihre Feindschaft den Parteien dieses Hauses.

Keinen Oberbürgermeister mehr - Einsparung von zwei Stadträten

Außerdem Kürzung aller Magistratsgehälter auf höchstens 6000 Mark

In der morgigen Stadtverordnetenversammlung soll, wie wir bereits berichteten, über die Neuweisung der Oberbürgermeisterstelle sowie zweier Stadtratsposten sowie über die Gehälter für diese Positionen beschlossen werden. Zu diesen Vorlagen wird die kommunistische Stadtverordnetenfraktion beantragen, daß erstens einmal die durch Verwindung der zwölfsährigen Dienstzeit freiverbleibenden Stellen nicht wieder besetzt werden sollen. Es schadet gar nichts, wenn die Nationalisierung, deren Opfer in den städtischen Betrieben bisher nur die Arbeiter waren, einmal auch auf den Magistrat übergreift, um dort einige Grohverdienerstellen zu beseitigen. (Der Oberbürgermeister allein bekommt z. B. 88 000 Mark jährlich) Weiterhin werden die kommunistischen Stadtverordneten beantragen, für alle Magistratsmitglieder ein Einheitshöchstgehalt von 6000 Mark jährlich festzusetzen. Wenn Erwerbslose mit 40 Mark monatlich auskommen müssen, dann sind für einen Stadtrat 500 Mark durchaus genügend. Es ist möglich, daß von sozialdemokratischer und bürgerlicher Seite diesen Forderungen entgegengestellt wird, sie seien ungeschicklich. Dazu ist zu sagen, daß in Deutschland, besonders aber in Breslau manches „ungeschicklich“ ist. In einer Stadt, in der Not und Hunger eine solche Massenerhebung geworden sind wie in Breslau, muß mit außerordentlichen Maßnahmen eingegriffen werden. Eine solche, die für die Kommunisten von grundsätzlicher Bedeutung ist, ist die der Gehaltsberabstimmung, die die Kommunisten in Zukunft immer erheben werden, bis einmal die regelrechte proletarische Revolution sie verwirklichen wird. (Siehe das niedrige Einheitsgehalt in Co-wjstrußland.)

annahle beantragte 8 Jahre 8 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete: Der Angeklagte wird wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todeserfolg zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, wovon drei Monate und zwei Wochen auf die Untersuchungshaft angerechnet werden.

Aus Breslauer Gerichtssälen

Das lockere Messer

Wegen Körperverletzung mit Todeserfolg stand der 33jährige Bauarbeiter Heinrich Krause vor dem Schwurgericht. Krause ist seit dem 18. Januar in Haft. In der Nacht zum 17. November v. J. saßen der Angeklagte und der Arbeiter Fritz Siech mit ihren Freunden an zwei verschiedenen Tischen in einem Lokal auf der Martinskstraße. Gegen 1.45 Uhr verließen beide Gruppen das Lokal. Auf der Straße kam es aus einem nicht geklärten Anlasse zu einem Wortwechsel. Plötzlich verfehrte der Angeklagte mit seinem Taschenmesser Siech zwei Stiche in den Rücken. Der Verletzte wurde in der chirurgischen Klinik verbunden und auf seinen Wunsch jedoch entlassen. Am 25. November fand Siech nochmals in der Klinik Aufnahme, da er große Schmerzen hatte. Nach vier Tagen wurde er auf seinen Wunsch wieder entlassen. Die Wunden plästern jedoch später auf und bluteten fort. Siech mußte am 8. Dezember operiert werden. Am 18. Dezember zeigten sich Spuren einer Blutvergiftung. Am 23. Dezember starb Siech. Krause behauptete, in Notwehr gehandelt zu haben. Der Staats-

Blutshande an 13jähriger Tochter

Unter der Anklage der Blutshande stand vor dem Ermittler des Schöffengericht der Schlosser Gustav Schwarz. Im Jahre 1921 war seine Frau gestorben, und seit dieser Zeit fand er zu seiner damals 13 Jahre alten Tochter in jeuellem Beziehungen. Die Tochter ist vor einiger Zeit im Alter von 22 Jahren gestorben. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete auf ein Jahr drei Monate Zuchthaus bei sofortiger Verhaftung.

Wieder 67!

In der Woche vom 4. bis 10. Mai d. J. wurden 67 Personen in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert, und zwar: wegen Raubdes zwei, Einbruchdiebstahls fünf, einfachen Diebstahls fünf, Betruges eine, Sittlichkeitsverbrechen zwei, Zuhälterei eine, Widerstandes eine, Körperverletzung eine, Betelns eine, „Arbeitsjuchen“ acht, groben Unfugs eine, raufstührenden Arms zwei, sterblichsuchte sechs, Schußwund 20, Zuwiderhandlungen gegen die Maß- und Meldevorschriften vier

21 Monate Hermann-Müller-Regierung

Unter diesem Titel erscheint Ende Mai ein neues Handbuch der Reichstagsfraktion der SPD. Es bietet eine Fülle von Material, vor allem über die Stellung der SPD, des Zentrums und der Nationalsozialisten. Wer bis zum 22. Mai Bestellungen aufgibt, erhält das Buch zum Preise von 3 Mark, später ist der Buchhandlungspreis 4 Mark. Ortsgruppen! Sofort Bestellungen sammeln und an die Bezirks-Literaturstelle einfinden.

Vollständige Jahrgänge

des „Parteiarbeiters“ von den Jahren 1925 bis 1929 sind zum Preise von 1,60 Mark, die „Internationale“, vollständige Jahrgänge von 1925 bis 1929, zum Preise von 5,60 Mark, zu haben. Sofort bestellen! — Parteidruckhandlung Breslau 1, Oberstraße 23, I.

Büdo Metallputz der unübertroffene

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Söhnelles, Berlin; für den Probeheft (außer Oberösterreich) Rudolf Brandt, Breslau; für Oberösterreich Fritz Jendrolsch, Wien. Für Inserate: Karl Gansbauer, Breslau.

Morgen Donnerstag, 16 Uhr, auf dem Neumarkt Große Kundgebung für die Erwerbslosen-Forderungen der kommunistischen Stadtverordneten • Gegen den Hungertat des Breslauer Magistrats!

Scholarpur in den Händen der Aufständischen

Die englischen Militärbehörden verhängen das Sonderecht — Die ganze Nordwestprovinz im Aufruhr — Zwei indische Divisionen meutern

London, 13. Mai. Wie der Korrespondent der „Daily Mail“ aus Bombay berichtet, befindet sich die Stadt Scholarpur noch in den Händen der Aufständischen. Nach weiteren noch unbestimmten und unklaren Meldungen haben die Aufständischen die bisherigen Beamten von Scholarpur davongejagt und eine eigene Verwaltung errichtet. Die britischen Behörden haben über Scholarpur das Sonderecht verhängt.

Nach den durch die englische Zensur gelaufenen Meldungen soll Scholarpur von englischen Truppen besetzt und die Verwaltungsgeschäfte von den Militärbehörden übernommen worden sein.

In Digbol in der Provinz Assam kam es zu schweren Zusammenstößen. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten wurden drei Personen getötet, zehn schwer und über hundert leicht verletzt.

Gandhi-Freiwilige haben heute in drei Kolonnen einen Handstreich auf das Salzlager der Regierung bei Shikoda verübt. Die Polizei hat 75 Personen verhaftet.

Gandhis Sohn Manilal machte sich gestern Abend auf den Weg nach Dharaasana, jener Stadt, gegen deren Salzdepot sich der mißgünstige Vorkämpfer des verhafteten Nachfolgers Gandhis, Tjabji, gerichtet hatte. Man erwartet, daß ungefähr 200 Freiwilige heute vormittag Dharaasana erreichen werden.

Zwei indische Divisionen meutern

New York, 12. Mai. Der Berichterstatter des „New York Herald“ berichtet aus Bombay unter Umgehung der englischen Zensur, daß zwei indische Eingeborenen Divisionen gemeutert haben. Eine Division in Belgaum, südlich von Bombay, die andere 60 Kilometer südlich von Scholarpur.

Die Sikhs haben auf einer Stammeskonferenz, die in Amritsar stattfand, beschlossen, den Kampf gegen die britische Herrschaft zu unterbrechen. Die anglo-indische Presse befürchtet von diesem Beschluß gefährliche Auswirkungen auf die Haltung der eingeborenen Sikhtruppen, die bekanntlich bereits in Peshawar gemeutert haben.

Die Nordwestprovinz unter dem Aufrührergefetz

Bombay, 13. Mai. Die Lage in der Nordwestprovinz ist nach wie vor äußerst gespannt. Die aus Peshawar eingetroffenen privaten Berichte besagen im Gegensatz zu der Erklärung des Staatssekretärs für Indien im englischen Unterhaus, daß die bisher nur für Peshawar geltenden Sonderbestimmungen gegen aufrührerische Handlungen nun auf die ganze Nordwestprovinz ausgedehnt wurden.

In Peshawar ließ der Stammesführer Turanjal Anschläge verbreiten, daß er mit einer großen Menge Maschinengewehren und Flugzeugen den Aufständischen zur Seite stehen wird.

Tjabji zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt

Bombay, 13. Mai. Gandhis Nachfolger, Abbas Tjabji, der, wie gemeldet, gestern verhaftet wurde, ist zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Dr. Kishorew, ein Anhänger Gandhis, wurde in Amritsar zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Anderer Anhänger Gandhis erhielt 13 Monate Gefängnis. Alle waren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt.

Nach einer Hausdurchsicht im Hauptquartier des Ausschusses des Kongresses für die Präzidentenschaft Bengalen in Kalkutta wurden etwa 8-10 Personen verhaftet. Sie werden wegen Strakenraubes, Mordes und Empörung angeklagt.

★

Der Prozeß gegen die indischen Kommunisten in Lahore mußte kurz nach der Eröffnung vertagt werden. — Als den Angeklagten verboten wurde, revolutionäre Lieder im Gerichtssaal zu singen, erhoben sie lauten Protest, dem sich die Zuhörer angeschlossen. Der Polizei gelang es nicht, die Kundgebungen zu unterbrechen. Darauf schloß der Vorsitzende kurzerhand die Gerichtsverhandlung.

Gandhis Erholungsurlaub

London, 13. Mai. Der Staatssekretär für Indien teilte in Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus mit, die Bombayer Regierung habe ihn verständigt, daß Gandhi während seiner „Gefangenhaltung“ die gleichen Räume inne habe, wie im Jahre 1922. Alle notwendigen Einrichtungsgegenstände seien ihm zur Verfügung gestellt worden (1). Seine Räume seien mit elektrischem Licht ausgestattet und hätten eine große Veranda mit einem kleinen Garten daran. Gandhi schlafe im Freien und werde nicht streng bewacht. Außerdem werde er mit seiner gewohnten Diät versorgt.

Die „Botchaft“ des Vizekönigs

London, 13. Mai. Der Vizekönig von Indien hat eine „Botchaft an das indische Volk“ erlassen, die eine heuchlerische Mischung von Drohung und Beschwörung darstellt. Die Botchaft weist auf die „umfangreichen Vorarbeiten

Kettet die indochinesischen Freiheitskämpfer!

Ein Aufruf der I. N. S. gegen die französischen Genfer

Moskau, 12. Mai. Die Exekutive der Internationalen Roten Hilfe veröffentlicht folgenden Aufruf an die Werktätigen aller Länder:

Die Blutlust der von dem französischen Imperialismus in Indochina verübten Greuelthaten ist durch ein neues ungeheures Verbrechen bereichert worden. In Dien-ping wurden die über revolutionäre Aufständische, die Soldaten Nguyen Phan Lupeet und Ngo Hai Hang und die Ba-tien-Dang van Luong und Dang van Tich, verhängten Todesurteile vollzogen.

Weiteren 39 zum Tode Verurteilten droht gleiches Schicksal. Hunderte indochinesischer Arbeiter, Bauern und Soldaten sind zu lebenslänglicher oder langjähriger Zwangsarbeit verurteilt worden. So antwortet die imperialistische Bourgeoisie Frankreichs auf den Versuch der unterjochten annamitischen Massen, das Joch der kolonialen Unterdrückung zu stürzen.

Werttätige aller Länder! Erhebt Flammen des Protests gegen das an heldenhaften indochinesischen Revolutionären verübte Blutgericht des französischen Kapitalismus.

In allen Ländern muß die einstimmige Forderung der sofortigen Freilassung der 39 zum Tode Verurteilten, aller Eingekerkerten erhallen.

zur Behandlung der Verfassungsfrage“ hin, die Indien zu einem englischen Dominion (1) machen soll. Er „bedauert“, daß die Zustimmung in Indien gegen die Konferenz am runden Tisch sei, die für den 20. Oktober in London organisiert werde. „Dem Gebot der Notwendigkeit folgend“, heißt es weiter, „hat die Regierung angesichts der zunehmenden Bedrohung für die Wohlfahrt und Sicherheit der indischen Bevölkerung (1) sich gezwungen gesehen, sich gegen diese Dinge zu rufen und die Exekutive über die vorhandenen hinaus mit solchen Maßnahmen auszustatten, wie sie notwendig erschienen, um vor der Weltöffentlichkeit den guten Namen Indiens (1) und die Achtung gegenüber der gesetzmäßigen Gewalt wiederherzustellen.“

Die A.P.C. auf Kampfposten

Das Zentralorgan unserer englischen Bruderpartei, „Daily Worker“, wendet sich an die englische Arbeiterschaft mit einem eindringlichen Appell zur aktiven Unterstützung der indischen Revolution. Es heißt darin unter anderem: „Britische Arbeiter! Der Kampf der Massen in Indien ist unser Kampf, und wir müssen ihnen zu Hilfe eilen. Wir müssen verhindern, daß britische Truppen unsere indischen Kameraden niederzuschlagen. Wir müssen die Entsendung von Truppen und Munition nach Indien verhindern, wie wir das bereits im Jahre 1920 getan haben, als der Krieg gegen Sowjetrußland drohte. Kein Mann, kein Geschäft gegen Indien! Nieder mit der imperialistischen Labour-Regierung! Es lebe das unabhängige Indien!“

Der Aufruf wendet sich ferner an die britischen Truppen und fordert sie auf, nicht auf die indischen Massen zu schießen. Das zentrale Streikkomitee der Wollarbeiter in Bradford hat einen Beschluß gefaßt, in dem es sich solidarisch erklärt mit der A.P. Großbritannien in der aktiven Unterstützung der indischen Revolution.

Matschel und Genossen im Hungerstreik

Belgrad, 13. Mai. Die Angeklagten im Matschel-Prozeß sind am Sonntag zum Zeichen des Einspruchs gegen die Verpflanzung, die schon seit Monaten nur aus Wasser und Brot besteht, in den Hungerstreik getreten.

Kurze Auslandsnachrichten

Griffiths Hansen, der bedeutende norwegische Polarforscher, ist am Dienstag nachmittag in seiner A.P. um 11 Uhr um 11 Uhr in seiner Villa in Nydager bei Oslo gestorben.

★

J. J. Troelstra, einer der Führer der Sozialdemokratischen Partei Hollands, verstarb nach langer Krankheit.

★

John Wheatley, ein Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei in England, ist in Glasgow gestorben. Wheatley war Minister im ersten Macdonald-Kabinett.

★

Die Forderungen der Araber, die sie auf Verhandlungen in London vertreten haben, wurden von der Labour-Regierung abgelehnt. Die arabische Delegation ist nach Palästina zurückgekehrt.



Sovjetdruck des Vols-Verlag, Moskau.

53. Fortsetzung

Der Zug kommt, die Tür wird aufgerissen, — da fliegt mein Sack auch schon hinein, auf Köpfe, Knie, Bäuche.

Nun kann nichts mehr schief gehen! Wenn auch zwanzig Stunden Fahrt nach zwei schlaflosen Nächten eine starke Nervensprobe sein mögen: Am Ende steht Sophie vor siebzehn Kommilitäten, einem großen Käse, zwei Pfund Speck und fünf Pfund Butter. Das ist schon einige Unannehmlichkeiten wert.

Der Zug rast durch Warschau, durch Polen, durch Deutschland. Ich sitze rittlings auf meinem Sack. Mantel, Zeltbahn, Tornister liegen darauf, daß niemand durch den Inhalt gereizt wird. Alle Augenblicke schreie ich auf, kämpfe schon verzweifelt gegen den Schlaf.

Über wir fahren schon über die deutsche Grenze. Feldarbeiter winken, Kinder grüßen. — Nur die Posten an den Brücken demonstrieren die „Größe“ der Zeit. — Doch daran denkt jetzt niemand. Mitfahrende erheben sich vom Fußboden, packen, einige steigen schon aus.

Es ist abends, in der zehnten Stunde, als wir in Berlin eintreffen. Der Zug nach Hamburg geht um elf. Ich gehe nach einem verkehrten Bahnsteig — dem der Stadtbahnzüge — erkundige mich nach einmal nach dem Fernbahnsteig, bleibe aber auf der Bank sitzen. Ich bin zu müde, um mich noch einmal zu erheben und meinen Sack abzunehmen.

Ich weiß nur noch, wie mir mit einem Male alles vor den Augen tanzt: Die Menschen, die Züge, die Bahnhofshalle, einen närrischen, höhnischen Lenz, laufend Grimassen mich anstarrend, als wollten sie mich foppen.

Als ich unweit vom Schlesiern Bahnhof in einer Station des „Roten Kreuz“ erwache, merke ich sofort, daß ich meinen

Sack nicht mehr habe. Ich sehe um mich. Ich liege ganz allein auf einem Strohsack an der Erde. Soll ich schreien?

Da kommt eine Schwester auf mich zu und lächelt: „Sie suchen wohl Ihren Sack?“

„Ja.“ Ich fühle, wie mir das Herz stehen bleibt. „Aber sie beruhigt mich, geht mit mir in ihre Bude, zeigt mir meinen Sack und gibt mir „Kaffee“.

Ich muß mich erst sehen, muß mich zusammenreißen. Dann nehme ich ein Paket Butter, schneide es durch und gebe ihr die Hälfte, und dazu ein Brot. Sie nimmt es, bedankt sich und sagt: „Sie haben Glück gehabt. Sie fielen von der Bank, sprangen dann wieder auf, wollten Ihren Sack nehmen und stolpern. Dann fielen Sie mit Ihrem Sack über den Bahnsteig, auf das Gleis. An Ihren Papieren sind Sie erkannt und hierhergebracht worden. Hier liegen Sie und schlafen von gestern Abend bis jetzt.“

Ich sehe nach der Uhr, es ist acht Uhr abends. Ich habe also ununterbrochen zwanzig Stunden geschlafen. Zehn Tage habe ich Urlaub, drei sind schon um, ehe ich bei Sophie bin.

Sophie steht während dieser Zeit am Bahnhof und sieht mich nicht unter den Urlaubern, die aus den Zügen steigen. Sie steht die ganze Nacht, den ganzen Tag und geht traurig nach Hause. So nehme ich meinen Sack auf die Schultern und gehe durch die menschenleeren Straßen. Die Schritte meiner eisenbeschlagenen Stiefel klatschen an den Mauern hoch. Im zwanzig Minuten hode ich auf meinem Sack vor der verschlossenen Haustür und warte. Als die ersten Arbeiter öffnen, stampfe ich die Treppe hinauf und klopf. Mein Sack fällt mit einem lauten Bums auf den Flur.

„Wer ist da?“

„Ich, Soph!“

Da fliegt auch schon die Tür auf und Sophie auf mich zu, aber sie erreicht ihr Ziel nur stolpernd, sie hat den Sack nicht gesehen.

„Was hast denn da, Hans?“ fragt sie nun und mustert das Etwas, das vor ihr im Dunkeln liegt.

„Brot, Soph!“

„Brot — oot?“

„Ja, Brot!“

Sie taftet ungläubig durch die Leinwand, aber ich mache kurzen Prozeß, nehme den Sack und schütte die Brote in die Stube, die Butter, den Speck und den Käse packe ich auf den Tisch. Sie betastet alles, sieht ungläubig auf den Reichthum,

dann immer wieder auf mich, als wolle sie in meinem Gesicht lesen, weiß gar nicht, was sie sagen soll, lacht und weint zu gleicher Zeit. Es dauert eine Weile, bis wir wieder zur Besinnung kommen. Sie wird zuerst „vernünftig“ und sagt: „Komm, Küttling, steh auf! Du hast doch das Brot nicht mitgebracht, damit wir uns darauf herumwälzen.“

XIX.

Ich taste mich langsam hinein in meine „neue“ Umgebung. Es ist zuviel auf einmal. Es gibt zwanzig Gramm Butter — pro Nase — in der Woche, Kartoffeln sind knapp — statt fünf Pfund die Woche gibt es nur zwei. Für die andern drei Pfund gibt es 100 Gramm Haferflocken, alles auf besondere Karten, Rärtchen, Abschnitt Soundso.

Den Runtstont gibt es nur dann, wenn die „Zufuhr“ der regelmässigen Portionen anderer Lebensmittel „stodt“. Dann noch fünfzig Gramm Margarine. Ein Brot die Woche — Mistig und schwarz — gibt täglich drei kleine Schnitten. Wenn man die Margarine und die Butter mit dem Pinsel ganz dünn aufträgt, reicht sie für die Schnitten, dann hat man den Runtstont noch übrig. Auch Marmelade gibt es, dieselbe, die wir brauchen auch bekommen. Sie sieht aus, als wäre sie schon einmal gegessen und stammt von der Kohlrübe.

Diese Kohlrübe tritt in allen Variationen auf: Kohlrüben in Wasser als reguläre Kohlrübe, Kohlrüben als Quetschtopf — erbsen, Kohlrübenuppe, Kohlrüben gebackt, als Sauretraubenerbsen, Kohlrüben in Scheiben, als „Brattartoffel“, Kohlrüben — sauer, sogar als Kuchenteig findet sie Verwendung.

Über man braucht ja nicht immer Kohlrüben zu essen. Die Graupe, auch Kälberjahn genannt, ist wohl auch schon rationiert, aber man kann „hinunterherum“ laufen. Die Graupe ist man als Graupensuppe, als Graupenpudding, als Graupenwurst, je nach Geschmack. Dann gibt es noch „sonstiges“ mit und ohne Karten. „Richtige Fische“, „echten“ Sauerkraut, Zucker, fünfzig Gramm Fleisch. Man muß nur aufpassen! Sonst kehrt man überall einige Stunden und kommt gerade dran, wenn man verlauf ist.

Sophie zählt, sortiert, rechnet mit den Lebensmittelbelegabchnitten mit einer Sicherheit, als wäre das gar nichts. Heute gibt es einen Hering auf Abschnitt 3 der Karte B. Sophie legt die Karte heraus.

Frau Gramer von nebenan klopft und bringt ein Tischchen mit.

(Fortsetzung folgt.)

Um die Mehrheit des schlesischen Proletariats

Der 16. Bezirksparteitag der KP. Schlesien

Im proletarischen Westen Breslaus, in einem Arbeiterkollektiv in der Langen Gasse, trat am Sonntagabend der 16. Bezirksparteitag der kommunistischen Partei Schlesiens zusammen. Über hundert Delegierte aus allen Unterbezirken, darunter zum erstenmal eine größere Anzahl Arbeiterinnen, waren erschienen, die Tätigkeit der Parteiorganisation seit dem letzten Bezirksparteitag in Schwelmitz zu überprüfen und um zu den Beschlüssen des erweiterten Präsidiums der Exekutive und des Zentralkomitees der SPD. und den Aufgaben der Partei in Schlesien Stellung zu nehmen. Nachdem der 14. Parteitag in Langenbielau die

Generalabrechnung mit den Brandierischen Gauen, Stessen und Co. vollzogen und der 15. Parteitag in Schwelmitz die Wendung vom innerparteilichen Kampf zur Einseitigkeit der Partei auf die Massenarbeit durchgeführt hatte, stand vor dem 16. Bezirksparteitag die Aufgabe, scharfer die Generallinie der bolschewistischen Massenpolitik herauszuarbeiten und den Kurs auf die Eroberung der Mehrheit des schlesischen Industrie- und Landarbeiter und Kleinbauern zu nehmen.

Eröffnung der Kampftagung

Der Führer der kommunistischen Partei im Bezirk Schlesien, der Genosse **Wollweber**, eröffnete den Parteitag. Er gedachte zunächst der Toten des Klassenbewusstseins, besonders der Todopfer des sozialfaschistischen Terrors, der 33 Toten vom Mai 1929, der erschossenen Arbeiter in Hartmannsdorf und Wornitz und des letzten Hlotopfer eines sozialfaschistischen Polizeipräsidenten, der toten Genossen, die durch die Polizisten des linken Sozialfaschisten Freitages am Reichsjugendtag des kommunistischen Jugendverbandes an den Ostertagen in Leipzig niedergeschossen wurden.

Der Parteitag gedenkt der Ermordeten und Eingekerkerten

Die Delegierten hatten sich zum Gedenken an die namenlosen Iren Helden des Proletariats von den Plähen erhoben. Sie gedachten der zahllosen Toten der unterdrückten, um ihre Befreiung kämpfenden werktätigen Massen in der ganzen kapitalistischen Welt, in den Ländern des weißen Terrors, in China und besonders in Indien, wo Macdonald ein Blutregiment errichtet hat. Die Delegierten legten das Gelübnis ab, durch jähre bolschewistische Arbeit, durch unerbittlichen revolutionären Kampf gegen die herrschende Klasse den Tag der historischen Abrechnung mit den Helfern des Proletariats vorzubereiten.

Der Genosse **Wollweber** gedachte weiter der Eingekerkerten, besonders der Genossen aus dem Bezirk Schlesien, die hinter Zuchthaus- und Festungsmauern schmachten und dem Bezirksparteitag bolschewistische Kampfesgrüße überbrachten. Er schilderte in großen Worten die Situation, in der der 16. Bezirksparteitag stattfand. Die kapitalistische Welt im Niedergang, eine schwere Weltwirtschaftskrise zieht herauf. In der Sowjetunion schreitet der sozialistische Aufbau von Erfolg zu Erfolg. Vor der kommunistischen Partei steht die Aufgabe, die Mehrheit des Proletariats für den revolutionären Kampf zu gewinnen. Genosse **Wollweber** schließt mit dem Wunsch, daß der 16. Bezirksparteitag nach Klärung aller Fragen der bolschewistischen Massenarbeit die Partei weiter vorwärts bringen möge auf dem Wege zur Mobilisierung der werktätigen Massen zu revolutionären Aktionen.

Darauf erfolgte einstimmig die Wahl des Präsidiums. Ein Waldenburger Kumpel übernahm den Vorsitz. In das Ehrenpräsidium wurden die eingekerkerten Genossen gewählt. Von den Bezirksorganisationen der kommunistischen Partei in Sachsen, Brandenburg und Königsberg waren Begrüßungsschreiben eingegangen.

Bolschewistische Grübe aus Festung und Zuchthaus

Die Begrüßungsadressen der Genossen von der Festung Gollnow und aus dem Zuchthaus Wohlau haben wir schon auszugeweiht veröffentlicht. Die Verlesung der Schreiben, in denen auf die wichtigen Aufgaben in der gegenwärtigen Situation hingewiesen wird, löste stürmische Begeisterung aus. Es wurde beschlossen, den Gefangenen ein Begrüßungsgramm zu senden.

KP. Oberschlesien an den schlesischen Bezirksparteitag

Unsere bolschewistische Bruderorganisation in Oberschlesien, die auf dem besten Wege zu einer wirklichen Massenpartei ist, hatte einen Vertreter entsandt, der den schlesischen Bezirksparteitag mit folgenden Ausführungen begrüßte:

Genossen! Im Auftrage des Bezirks Oberschlesien überbringe ich euch die besten revolutionären Grüße und wünsche, daß euch dieser Parteitag einen Schritt vorwärts in der Organisation der Arbeiterklasse zum Befreiungskampfe bringen möge. Wir in Oberschlesien betrachten die Entwicklung des schlesischen Bezirks mit der größten Aufmerksamkeit. Wir haben uns getreu über eure Erfolge, die ihr besonders bei der letzten Betriebsrätewahl vor allem in Waldenburg und Langenbielau erzielt habt. Auch wir können euch von einer Reihe von Erfolgen berichten.

Die Betriebsrätemahlen und der 1. Mai in Oberschlesien waren ein Befreiungsschritt des Proletariats zur kommunistischen Partei. Abgesehen von den Arbeitern in der Metall- und chemischen Industrie hat auch die Majorität der Kumpels den politischen Massenstreik am 1. Mai durchgeführt. Von insgesamt 12 von 15 Anlagen, auf denen wir eigene Listen aufstellen konnten, haben elf Grubenanlagen völlig gerührt. — Genossen, nie wären uns diese Erfolge gelungen, wenn wir nicht von der Organisation des Oppositionskongresses an praktisch an die Bildung einer Einheitsfront von unten gegangen wären. Zwei Drittel aller aufgestellten oppositionellen Kandidaten waren parteilos, Christen oder Sozialdemokraten. Vorwärts zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse!

Die politische Lage und die Aufgaben der Partei

Das Zentralkomitee hatte als seinen Vertreter den Genossen **Kreuzburg** entsandt, der nunmehr das Wort erhielt zu seinem Referat über „Die politische Lage und die Aufgaben der Partei.“

Die heranreifende Weltwirtschaftskrise

Genosse **Kreuzburg** wies darauf hin, daß in der Entscheidung des erweiterten Präsidiums der Komintern der Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten als die Hauptaufgabe aller Sektionen der kommunistischen Internationale bezeichnet wird. Die Aufhebung der Lage im internationalen Maßstabe, das Wachstum der Schwierigkeiten für den Kapitalismus, der verschärfte Kampf auf dem Weltmarkt führt zu einer Steigerung der Gefahr eines Imperialistenkrieges gegen die Sowjetunion. Der 6. Weltkongress hat festgestellt, daß wir in der dritten Periode der Nachkriegsentwicklung am Anfang des Zusammenbruchs der relativen kapitalistischen Stabilisierung stehen. Welches sind die Kennzeichen der dritten Periode der Nachkriegsentwicklung des Kapitalismus gegenüber der zweiten und ersten?

Die erste Periode, die im Jahre 1923 mit der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse ihren Abschluß fand, war die Periode der revolutionären Erschütterungen, der Zersetzung des kapitalistischen Systems als Folgen des imperialistischen Krieges.

Nach der Niederlage der Arbeiterklasse außerhalb der Sowjetunion begann die zweite Periode, die Periode der Rekonstruktion und der relativen Stabilisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der bürgerlichen Klassenherrschaft. Die kapitalistische Nationalisierung, die verschärfte Ausbeutung der Arbeitermassen hatte ein gewaltiges Ansteigen der Produktionsziffern zur Folge.

In der dritten Periode, in der wir uns jetzt befinden, wachsen die Widersprüche des kapitalistischen Systems, zieht eine schwere Weltwirtschaftskrise heran und reißt eine revolutionäre Situation heran. Das Mißverhältnis zwischen Produktionsmöglichkeiten und Absatz wächst. Auch das Land des „organisierten Kapitalismus“, die Vereinigten Staaten Nordamerikas, die größte Macht des Weltkapitalismus, ist von dem Strudel des allgemeinen Niederganges der kapitalistischen Welt erfasst worden.

Die Theorie vom „organisierten Kapitalismus“ ist durch die Entwicklung gründlich widerlegt. In den USA wächst das Massenend und die Arbeitlosigkeit. Unsere ost-europäische Bruderpartei entwickelt sich zu einer Massenorganisation.

In der Sowjetunion geht es unaufhaltsam vorwärts. Die Aufgaben des Finanzplanes werden schon in vier Jahren verwirklicht. Angesichts der ökonomischen und politischen Autarkieverwirklichung im Lande der proletarischen Diktatur und der fortschreitenden Krise im eigenen Lager steigern die Imperialisten ihre Kriegsvorbereitungen.

Der Anschlag auf die Sowjetbotschaft in Warschau ist ein Warnungssignal. Auch in den Kolonial- und Halbkolonialländern wachsen die Schwermigkeiten für den Imperialismus. Wie die Vorgänge in China und Indien zeigen, rebellieren die Lohnsklaven des räuberischen Imperialismus, führt die ökonomische Krise zu revolutionären Erschütterungen des kapitalistischen Systems. Mit der Weltwirtschaftskrise wächst in den kapitalistischen Ländern der faschistische Terror und die Ausbeutung des Proletariats.

Der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat wird mit scharferen Mitteln geführt. In allen kapitalistischen Ländern wächst der Kampfeswille des Proletariats.

Die Rolle der Sozialfaschisten

In Deutschland führt das Finanzkapital den Young-Plan durch, der die Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Massen ungeheuer steigert. Gegenwärtig hat die SPD. die Aufgabe, durch eine Scheinopposition gegen die Regierung ihren schwindenden Einfluß unter den Arbeitermassen wieder zurückzugewinnen und den Radikalisierungsprozeß aufzuhalten.

Auch in dieser Rolle bewährt sich die Sozialdemokratie als die stärkste Stütze und der getreue Lakai der Bourgeoisie. Wenn es dem Finanzkapital zweckmäßig erscheint, werden die Sozialfaschisten wieder in die Regierung geholt.

Je mehr sich die Krise des deutschen Kapitalismus verschärft, um so brutaler ist der Hungerluts der jeweiligen Regierung und der Terror der Bourgeoisie und ihrer sozialfaschistischen Lakaien gegen die Arbeiterklasse. Wenn sich unter der Brüning-Regierung das Massenend und die Unterdrückung steigert, so wird es unter einer neuen Koalitionregierung noch schlimmer werden, weil sich die Krise immer weiter entwickelt.

Die Delegierten ergreifen das Wort

In der Diskussion sprach als erster ein Delegierter aus Glogau. Er schildert die Entwicklung der kommunistischen Partei in dieser bisheriger Hochburg der Sozialdemokratie. Die diesjährige Maidemonstration hat gezeigt, daß sich immer mehr Arbeiter von den sozialfaschistischen Führern abwenden. Früher folgten dem Ruf der Kommunisten zur Maidemonstration höchstens 50 bis 100 Arbeiter. Am 1. Mai dieses Jahres sind unter den Fahnen des Bolschewismus 300 Proletarier und abends 2000 Werktätige zu einer wichtigen Kundgebung aufmarschiert. Die Uebertritte zahlreicher Reichsbanner-

Rote Einheitsfront in den Betrieben u. auf den Stempelstellen

Die kommunistische Partei muß eine scharfe Wendung zur bolschewistischen Massenpolitik machen, um die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern und in den Entscheidungskampf gegen die Bourgeoisie zu führen. Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse heißt, daß wir auch noch Millionen sozialdemokratischer und in den reformistischen Gewerkschaften organisierter Arbeiter gewinnen müssen.

Die Arbeit in den Massenorganisationen und die Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten ist zum Teil stark vernachlässigt worden. Es ist möglich, noch viele Arbeiter von den sozialfaschistischen Führern loszulösen und dem Einfluß des Sozialfaschismus zu entziehen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter sind nicht reflexiv politisch lumpiert, vielmehr zeigt sich bei ihnen eine wachsende Unzufriedenheit mit der Politik ihrer Partei, die Arbeiteropposition in der SPD. wird stärker, und schon hat eine Abwanderung sozialdemokratischer Arbeiter zur kommunistischen Partei angefangen. Diesen Prozeß müssen wir fördern und beschleunigen durch die Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten in den Betrieben und auf den Stempelstellen, wo wir die Fragen des revolutionären Kampfes stellen müssen.

Wo wir die Frage des Streiks gegen Lohnabbau und Massenkassenschließungen und des Streiks für Lohnerhöhung und Siebenstundentag stellen, müssen auch die sozialfaschistischen Elemente in den Betrieben Farbe bekennen und sich entfarben, dort wird es uns gelingen, die christlichen kampfbereiten Arbeiter zu gewinnen.

Linkes Sektlerertum und Opportunismus in der Praxis

Das „linke“ Sektlerertum verhindert die Anwendung der Einheitsfronttaktik, verzichtet auf eine jähre bolschewistische Arbeit in den Gewerkschaften und den anderen bolschewistischen Massenorganisationen, das „linke“ Sektlerertum setzt den ausgebeuteten und geschundenen sozialdemokratischen Proleten auf eine Stufe mit der lumpierten Arbeiteraristokratischen Führerschicht, die fette Posten innehat und an der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft materiell interessiert ist.

Die Beschlüsse des erweiterten Präsidiums des ZKSP. und des Zentralkomitees der SPD. stellen der Partei die Aufgabe, gegen die „linken“ sektlererischen Abweichungen einen unerbittlichen Kampf zu führen.

Die Hauptgefahr ist die opportunistische Abweichung in der Praxis. Es gibt viele Genossen und Funktionäre, die den Beschlüssen des 6. Weltkongresses und des Wobdinger Parteitag zugehört haben, die aber in der Praxis vor dem Klassenfeind und seinen reformistischen Handlungen zurückweichen, die nichts tun, um die Beschlüsse, zu denen sie sich mit den Lippen bekannt haben, auch wirklich durchzuführen. Diese Genossen weichen in den Betrieben und in den Massenorganisationen zurück vor den Sozialfaschisten. Sie haben Angst vor den Statuten der Sozialfaschisten und den bürgerlichen Gesetzen. Diese Genossen sabotieren die Durchführung der Parteibeschlüsse in der revolutionären Tagesarbeit.

Selbständige Führung der Kämpfe durch die RGO.

Jetzt kommt es darauf an, die Arbeitermassen zur selbständigen Führung der Kämpfe, der Streiks und revolutionären Aktionen zu erziehen. Die Kommunisten haben die Aufgabe, in den Betrieben die bolschewistische Arbeit um ein Vielfaches zu steigern, revolutionäre Vertrauensleutekörper zu schaffen, und alle kampfbereiten sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter um die revolutionären Kampforgane, die roten Betriebsräte, die Einheitskomitees, die Komitees der revolutionären Gewerkschaftsopposition, zu sammeln und für den Kampf um Lohn- und Lohnerhöhung und Siebenstundentag zu mobilisieren.

Wir müssen erreichen, daß nicht mehr die reformistischen Gewerkschaftsführer die Lohnverhandlungen führen und Tarife abschließen, sondern daß die Unternehmer gezwungen sind, mit der RGO. und den Kampfkomitees der Arbeiter zu verhandeln. Durch Entfaltung einer Massenbewegung in den Betrieben müssen wir das Schlichtungssystem und die Lohnabbauoffensive der Unternehmer durchbrechen.

Die Vorbereitung des 5. Weltkongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale muß zur stärksten Mobilisierung der Arbeitermassen für das Kampforgan der revolutionären Gewerkschaftsopposition ausgenutzt werden. Die Zeitsaktionen vieler Betriebsgewerkschaften gegen die neue Nationalisierungswelle und die verschärfte Ausbeutung müssen zu Massenaktionen bis zum politischen Massenstreik gesteigert werden.

Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse heißt auch: Heran an neue Schichten des Proletariats. Verstärkten Kurs auf die proletarischen Frauen und Jugendlichen, die infolge der Nationalisierung im Produktionsprozeß eine immer bedeutendere Rolle spielen. Die Kämpfe in der Vergangenheit haben gezeigt, daß die proletarischen Frauen oft mit größeren Elan zu kämpfen verstehen, als die Männer. Die Frauen müssen auch zur führenden Arbeit in der RGO. und in der kommunistischen Partei herangezogen werden.

Die gesamte Partei muß in lameradschaftlicher und selbstkritischer Diskussion alle Fragen unserer bolschewistischen Massenarbeiten klarstellen und auf dem Boden der Beschlüsse des erweiterten Präsidiums der Exekutive und des Zentralkomitees der SPD. herangehen an die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den revolutionären Klassenkampf gegen die Bourgeoisie.

und SPD- Arbeiter in dem Unterbezirk Glogau zeigen, wie tief sich die sozialdemokratischen Proletarierrmassen in Sünde befinden, und die Unzufriedenheit mit der Politik ihrer Führer wächst. In Schlichtingsheim ist das Reichsbanner durch die Uebertritte vieler Mitglieder zur SPD. fast vollständig erledigt. Durch die Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten wird es uns gelingen, große Massen der noch unter sozialfaschistischem Einfluß stehenden Arbeiter in die rote Klassenfront einzureihen.

(Morgen Fortsetzung des Berichtes.)